

- 2.15 In: Pritz, A. (Hrsg.): Das schmutzige Paradies, Psychoanalytische Beiträge zur ökologischen Bewegung: eine Kulturkritik. - Böhlau: Wien, 1986, 87 - 144.

WILFRIED DATLER / GERTRAUD DIEM-WILLE

Hainburg 1984
oder:
Über Agieren, Widerstand und Durcharbeiten
in der Au

Tiefenpsychologische Anmerkungen zu einem
„Lehrstück politischer Bildung“

Zum Auftakt: Eine Vorbemerkung methodischer Art

„Wir halten es nämlich gar nicht für wünschenswert, daß die Psychoanalyse von der Medizin verschluckt werde... Sie verdient ein besseres Schicksal und wird es hoffentlich haben. Als ‚Tiefenpsychologie‘, Lehre vom seelischen Unbewußten, kann sie all den Wissenschaften unentbehrlich werden, die sich mit der Entstehungsgeschichte der menschlichen Kultur und ihrer großen Institutionen wie Kunst, Religion und Gesellschaftsordnung beschäftigen.“

(Freud 1926e, 283)

1. Es seien die „bewährten Kriterien der Unterhaltungsindustrie“, so der ORF-Redakteur Peter *Huemer* (1985, 214), nach denen politische Abläufe in Österreich neuerdings gestaltet würden:

„Überraschung wird groß geschrieben, das Unwahrscheinlichste wird zum Ereignis, und selbst die abgebrühtesten Journalisten geben beschämt ihre wiederkehrende Verblüffung zu angesichts einer Politik, die unter dem Motto zu stehen scheint: ‚Darauf wären Sie nie gekommen.‘“

Und in der Tat: Auch im Dezember 1984 waren es Über-

raschung, Erstaunen und pure Verblüffung, die sich auf wohl beiden Seiten während der Entfaltung des Konflikts rund um den Bau eines Donaukraftwerkes in der Hainburger Au breitgemacht haben. Denn daß der von Regierung, Gewerkschaft und E-Wirtschaft vorgesehene Kraftwerksbau noch verhindert werden könnte und daß dies noch dazu unter der bewegten Anteilnahme breitester Bevölkerungsschichten vor sich gehen würde, damit hatte niemand gerechnet.

„Gewiß“, so konzediert Rudolf *Burger* im *basisbuch* (I, 28)* aus der Sicht der Aubesetzer, die „Sensibilität fürs Ökologische (habe) in den letzten Jahren rapide zugenommen“, das „Verhalten der Behörden“ sei schlichtweg skandalös gewesen und auch die ökonomischen und energiepolitischen Argumente der Kraftwerksbefürworter müsse man als „Hohn auf jede volkswirtschaftliche Vernunft“ begreifen; aber dennoch

„... reichen diese Tatsachen an sich wohl kaum aus, (um) die Intensität und Allgemeinheit der Mobilisierung in diesem spezifischen Fall zu erklären, die quer durch alle sozialen Schichten ging“;

zumal man ja in Österreich, was Skandale betrifft, „durchaus anderes gewöhnt (sei)“. — Was ist also „dran an dieser Au“ (*Zukrigl*, II, 256) und den damit verbundenen Ereignissen, von denen der ÖVP-Stadtrat *Mauthe* meint, sie hätten „Vielen die Augen geöffnet für merkwürdige neue Brüche in unserer Gesellschaft“ (II, 226)?

Burger selbst bringt es auf den Punkt, daß es nicht die „kognitive Überzeugungskraft (der) ökologischen Kalküle“ war, aus denen der große „Hainburger Widerstand“ gespeist wurde (I, 32 f.). Die „Quelle seiner Energien“ sei wesentlich „tiefer“ gesessen, wobei es durchaus „mythische Kräfte“ waren, die im

* Zur Dokumentation und Kommentierung der „Hainburger Ereignisse“ sind im Frühjahr 1985 zwei Bände erschienen, die von Aubesetzern und Sympathisanten verfaßt wurden und hier folgendermaßen kurz zitiert werden:

I = hainburg. ein basisbuch. 276.485 anschläge gegen den stau. — Verlag für Gesellschaftskritik, Wien 1985.

II = NENNING, G. und HUBER, A. (Hrsg.), Die Schlacht der Bäume. Hainburg 1984, Wien 1985.

Zuge dieser Auseinandersetzungen angesprochen wurden: Weil der Widerstand „über das Rationale hinaus(ging), hat er ‚die Massen‘ erreicht“. Dies erinnert an *Freuds* Schrift über „Massenpsychologie und Ich-Analyse“ (1921 c) und läßt tiefenpsychologische Reflexionen als angebracht erscheinen, um dem nachzuspüren, was Günther *Nenning* das „Wunder von Hainburg“ nannte (II, 8). Dazu bedarf es aber einer Vorüberlegung.

2. Die Forderung, Tiefenpsychologen sollten zu aktuellen Problemen Stellung nehmen, ist nicht jung. Sie wurde in letzter Zeit von Autoren wie *Parin* (1978), *Horn* (1981), *Richter* (1983) oder *Bauriedl* (1984b) wiederholt geäußert und kann zunächst als Aufforderung begriffen werden, Tiefenpsychologen mögen in verstärktem Maße „aktives“ politisches Engagement zeigen und in tagespolitischen Auseinandersetzungen eindeutig Position beziehen. Wenn man an diese Vorstellungen aber die Idee knüpft, Tiefenpsychologen sollten auch einschlägige Analysen zu aktuellen Ereignissen wie „Hainburg“ erstellen und damit öffentlich aufklärend tätig sein, so knüpft dies zwar an eine Tradition an, die Freud selbst begründet hat (vgl. z. B. *Freud* 1921c, 1933b); dessen ungeachtet verweist diese Idee aber auch auf eine erhebliche Problematik methodischer Art, die etwa folgender Maßen skizziert werden kann:

Seit *Freuds* Arbeit mit *Bertha Pappenheim* (vgl. *Lorenzer*, 1984) ist es in der Tat kaum umstritten, daß das Deuten und damit „Aufdecken“ unbewußter psychischer Tendenzen zwar nicht die einzige, so aber doch bezeichnendste Aufgabe therapeutisch arbeitender Tiefenpsychologen darstellt. Auch *Freuds* Auftrag an den Analytiker, er möge spontan auftretenden Wünschen und Bedürfnissen seiner Patienten so wenig wie möglich nachkommen und statt dessen wohlwollende Abstinenz üben, steht im Dienst dieser Aufgabe; werde, so *Fürstenau* (1979, 55), der Patient damit ja ganz besonders eingeladen, „die Beziehung zum Analytiker und zu sich von sich her zu gestalten“, so daß in der Ausgestaltung dieser therapeutischen Beziehung jene unbewußt-psychischen Momente ihren deutlichen Niederschlag finden können, die auch dem pathologischen Erscheinungsbild des Patienten zugrunde liegen. Was

dabei bekannter Maßen deutlich zum Tragen kommt, sind unbewußt-konflikthafte Phantasien, Erwartungen, Gefühle, Wünsche, Befürchtungen, Abwehrtendenzen..., die, lebensgeschichtlich begreifbar, der bewußten Handhabung des Patienten bislang entzogen waren und nun schärfer wahrgenommen und ausgelotet werden können. Freuds Aufforderung an den Patienten, er möge ohne Kritik all das mitteilen, was ihm in den Sinn kommt (*Freud 1913c*), soll genau dies vorantreiben; zumal es ja die komplementäre Aufgabe des Analytikers ist, auf dabei zum Ausdruck kommende unbewußte Momente zu achten sowie diese zu deuten. Freuds Schriften ist es allerdings auch schon zu entnehmen, daß es oft weit verschlungener analytischer Diskurse bedarf, ehe entschieden werden kann, ob eine geäußerte Mutmaßung über die Psyche eines Patienten zutreffend war oder nicht, so daß es zur Gewinnung von Einsicht in unbewußte psychische Konflikte und Dynamismen stets eines guten Stückes gemeinsamer analytischer Arbeit bedarf, in der aber neben der Vorgabe von Deutungen auch eine Vielzahl weiterer Interventionen und Faktoren zum Tragen zu kommen pflegt. Nicht zu unrecht ist es daher umstritten, ob und inwiefern aus solch analytischen Prozessen verallgemeinerbare Theorien psychologischer oder ähnlicher Art gewonnen werden können; zumal diese Art des Arbeitens auch nicht den methodischen Regeln statistisch arbeitender Wissenschaften folgt und überdies das, was in einzelnen Analysen erhellt wird, unverwechselbar an jene Phänomene gebunden ist, die in einer spezifischen Analytiker-Patienten-Beziehung zur Entfaltung und Darstellung kommen (vgl. *Lorenzer 1974, Bauriedl 1984a*).

Zu fragen ist daher, was der Zweck tiefenpsychologischer Reflexionen sein kann, wenn sie „Jenseits der psychoanalytischen Grundregel“ (*Kohut 1960*) auf gesellschaftspolitische Phänomene „jenseits der Couch“ (*Institutsgruppe 1984*) bezogen sein soll. Denn mit *Dahmer (1980, 681)* könnte man zwar meinen,

- daß politisch-soziale Auseinandersetzungen jenes Medium abgeben, in dem sich (auch die unbewußten) Wünsche und Ängste der Individuen einer Sozietät öffentlich konkretisieren,

— sodaß man sich von tiefenpsychologischen Reflexionen über „Hainburg“ vielleicht dennoch eine Erhellung maßgeblicher und für die heutige Zeit sogar charakteristischer Problem- und Motivzusammenhänge erwarten darf, die aus „offiziellen Außendarstellungen ausgeklammert und verleugnet werden“ (*Schüle*in 1983, 274) und gerade deshalb die Tendenz haben, heute immer wieder unbewußt-unreflektiert zum Tragen zu kommen.

Doch gilt es hervorzuheben: Selbst dann, wenn solche tiefenpsychologischen Reflexionen mit den nötigen soziologischen Analysen verknüpft wären (*Dahmer* 1980, 671), könnten sie in nur sehr eingeschränktem Ausmaß entsprechend „verborgene Sinnzusammenhänge sichtbar und den Beteiligten verständlich ... machen, um ihnen“, wie oben skizziert, „durch reflexive Bearbeitung ihre repressive Zwanghaftigkeit bzw. destruktiven Konsequenzen zu nehmen“ (*Schüle*in 1983, 274). Denn abgesehen davon, daß ja selbst noch so subtile Analysen darauf verwiesen sind, in unmittelbar analytischen Diskursen mit den Betroffenen überprüft, vertieft, modifiziert oder (gegebenenfalls) verworfen zu werden, gilt es zu bedenken, daß die bloß literarische Reflexion von Tiefenpsychologie auch mit diversen Widerständen seitens des Lesers zu rechnen hat und somit auch deshalb in nur eingeschränktem Ausmaß ihre aufklärend-verändernde Funktion erfüllen kann (*Fürstenau* 1979, 102): Just dann, wenn tiefenpsychologische Erwägungen trügen und unbewußt-unangenehme Aspekte berührten, müßte gleichzeitig auch der verschärfte Einsatz von unbewußten Abwehr- und Sicherungstendenzen (wie Leugnung, Verdrängung, Projektion etc.) erwartet werden. Insbesondere den einschlägigen Diskussionen um die zentralen Aufgaben der Widerstandsanalyse und des Durcharbeitens ist in diesem Zusammenhang seit *Freud* (1914g) zu entnehmen, wie sehr man in analytisch aufdeckenden Prozessen der steten gemeinsamen Erhellung entsprechender unbewußter „Widerstandsmotive“ bedarf, die es dem einzelnen erschweren, aktuell gewordene unbewußte Momente sowohl im Augenblick als auch weiterhin bewußt wahrzuhaben; — wobei so manche Hinweise zum Problem des „Durcharbeitens“ überdies daran erinnern, daß das Gelingen analytischer Prozesse

auch auf den (meist mühsamen) Vollzug weiterer und über die bloße Lektüre analytischer Ausführungen ebenfalls kaum einholbarer Erfahrungs- und Arbeitsprozesse angewiesen ist, der es dem einzelnen oft erst ermöglicht, neben der Gewinnung von Einsicht auch weitere neue, stabile, angemessenere und in höherem Ausmaß bewußt handhabbare Praxisstrukturen auszubilden und zu verfolgen (vgl. *Cremerius* 1978).

3. Was im Folgenden geleistet werden kann, ist daher lediglich das vorsichtige Aufsuchen und Abwägen von tiefenpsychologisch orientierten Mutmaßungen anlässlich und bezüglich der Auseinandersetzungen um die Verhinderung eines Kraftwerksbaues in der Hainburger (Stopfenreuther) Au. Dabei wollen wir in einem ersten Schritt versuchen, den vielbeachteten Ereignissen rund um den Dezember 1984 nochmals zu folgen, um im Rahmen des hier Möglichen der Frage nachzuhängen, von welchen realpolitisch faßbaren bzw. tiefenpsychologisch auslotbaren Momenten deren heftiger Verlauf (in vermutlich wechselseitiger Verschränkung) getragen gewesen sein dürfte. Verbunden ist damit die doppelte Hoffnung, daß (a) manche der Aspekte, die in diesem Teil angesprochen werden, für die Dynamik der ökologischen Bewegung in einem umfassenderen Sinn charakteristisch sind; und daß (b) in einigen Passagen überdies Problemzusammenhänge deutlich werden, die für das Verstehen auch anderer sozialpolitischer Auseinandersetzungen von gewisser Relevanz sein dürften. (Denn nicht umsonst rangen sich manche Kommentatoren dazu durch, diese Hainburger Ereignisse als politisches Lehrstück — im durchaus Brechtschen Sinn — zu bezeichnen.) In einem zweiten Schritt wollen wir deshalb versuchen, uns die psychoanalytischen Begriffe des Agierens, des Widerstands und des Durcharbeitens zu entleihen, um in Anknüpfung an unsere vorhergehenden Ausführungen nochmals grundsätzliche Überlegungen zum Thema des gezielten politischen Agitierens anzustellen. Diese Überlegungen werden zur Formulierung von vier tiefenpsychologisch geleiteten Thesen führen.

Indem das Folgende daher in der Absicht formuliert wurde, auch Problemzusammenhänge von allgemein-politischer Relevanz anzudeuten, vermag das Nachstehende auch als Beitrag zu

einer Theorie der politischen Bildung begriffen zu werden; zumal ja auch skizziert wird, welcher Stellenwert tiefenpsychologischen Reflexionen beizumessen ist, wenn es gilt, im politischen Handeln kritische Besonnenheit zu fördern. Ob und inwieweit die folgenden Anmerkungen auch unmittelbare Vollzüge der Selbstreflexion und tiefenpsychologisch geleitet (Selbst-) Aufklärung provozieren können, wird — angesichts der eingangs skizzierten Schwierigkeiten — aber nicht zuletzt von der Möglichkeit des Lesers selbst abhängen, in sich hineinzuhören, um einige und bislang unbedachte Tendenzen und Motive (welcher Art auch immer) aufzuspüren, auszuloten und kritisch zu bearbeiten.

Die Frage nach unbewußten Motiven im Hainburg-Konflikt

„Dies ist vielleicht eine
seelenlose Zeit,
Aber es ist eine, die die
Seele sucht.“
(Kurt Tucholsky)

4. Die eingangs zitierte Vermutung, im Zuge des Hainburg-Konfliktes seien „Kräfte“ aufgebrochen, die nicht bloß „rationalen Erwägungen“ entsprungen sind, verweist auf die tiefenpsychologische Unterscheidung zwischen latenten und manifesten Wünschen, Bedürfnissen und Konflikten. Dieser Unterscheidung zufolge bedarf es mitunter äußerer Anlässe und Provokationen, ehe bei bestimmten Personen oder Personengruppen „im Hintergrund bestehende“ Wünsche und Verlangen deutlich zutage treten können, um „zur Befriedigung durchzubrechen“ (Aichhorn 1951, 10). Bezüglich der Vorfälle in Hainburg gilt es daher zu fragen: Was waren die realpolitisch faßbaren Konflikte? Und inwiefern mögen sie die „Manifestwerdung“ von schon länger gehegten Wünschen, Bedürfnissen und Konflikten provoziert haben?

**Fortschritt und Wachstum oder segmentierte Zerstörung?
In erster Blick auf die unmittelbar faßbaren Momente der
Auseinandersetzung.**

5. Zur Erinnerung: Im Rahmen eines seit langem fixierten Donau-Ausbauplanes wollte der Staatskonzern Donaukraftwerke AG (DoKW) unweit der tschechischen Grenze ein Wasserkraftwerk errichten. Die Dimensionen des Unternehmens sollten sich von den Kraftwerksprojekten Greifenstein und Melk nicht wesentlich unterscheiden; doch sah die Planung der Staufstufe Hainburg die Rodung von 4 km² Auwald sowie die Schaffung eines 5,5 km langen neuen Donaubettes vor, das in Gestalt eines bis zu 15 Meter hohen Donaukanals quer durch das bislang unberührte Augebiet führen sollte.

Gegen diesen Kraftwerksbau sprachen sich daher schon bald mehrere Umweltschutzgruppen, Naturschutzvereine und Bürgerinitiativen aus. Die Stopfenreuther Au bei Hainburg, so wurde argumentiert, sei erstens ein einzigartiges Feuchtgebiet, der letzte natürliche Au-Biotop Mitteleuropas, der nicht zerstört werden dürfe. Der Kraftwerksbau sei zweitens auch gar nicht nötig, da der Stromverbrauch in Österreich weit langsamer ansteige als erwartet und die Kalkulationen der DoKW insofern falsch lägen, als diese nach wie vor von einer Zuwachsrate von 1,4% ausgingen, während der tatsächliche Zuwachs im Jahr 1983 etwa bloß 1,5% betragen habe. Und drittens gelte es, gegen etwaige Baubewilligungen überdies rechtliche Bedenken einzuwenden; zumal mit dem Kraftwerksbau auch zwei internationale Abkommen gebrochen würden: die Berner Konventionen, welche die Erhaltung der europäischen wildlebenden Pflanzen und Tiere regle, sowie das Ramsauer Abkommen, in dem sich Österreich auch zum Schutz der Donau-March-Auen verpflichtet habe.

Als nach einigen aufsehenerregenden Politereignissen dennoch die ministerielle Wasserrechtsbewilligung erteilt wurde und die Schlägerung der ersten Bäume zu erwarten war, begannen die ersten Naturschützer, die Au zu besetzen. Es kam zur Errichtung von fünf Lagern, wobei der Zustrom von Sympathisanten auch dann nicht abriß, als die Stopfenreuther Au

zur Baustelle erklärt wurde, die zu betreten bei S 3000, — Strafe verboten war. Und während der Generaldirektor der Verbundgesellschaft, Walter *Fremuth* (II, 22), zum Kraftwerksbau meinte:

„Die Schutzwürdigkeit von Kröten, Fröschen und Restbeständen von Neanderthalern, Kriech- und Weichtieren steht in keiner vernünftigen Relation zum wirtschaftlichen Nutzen“;

legten sich Aubesetzer anrückenden Arbeitern, Baumaschinen und Exekutivbeamten in den Weg, um ab dem 10. Dezember passiven Widerstand zum Schutz jenes Auwaldes zu leisten, von dem der Gewerkschaftspräsident *Benya* lapidar meinte, er beherberge ja gar keinen Wald, sondern lediglich verschönerungsbedürftiges Dickicht und Wildwuchs (II, 47). „Manche verstehen die Welt nicht mehr“, kommentierte dazu *Zukrigl* treffend (II, 256):

„Ein paar hundert Hektar Auwald, die sie ohnehin nur als unnützes Dickicht betrachten, sollen der umweltfreundlichsten Gewinnung von elektrischem Strom aus Wasserkraft geopfert werden, außerdem wird nachher angeblich alles viel schöner, und dagegen entsteht ein Volksaufstand und eine Medienkampagne...“;

und er bezeichnet damit genau jenes Moment des Selbsterlebens, das nach *Berger* und *Luckmann* (1969) als ein Ins-Wanken-Geraten der „überkommenen Konstruktion des Wirklichen“ begriffen werden kann. Denn wenn die Vorstellungen darüber, was man für sinnvoll, zweckmäßig oder erstrebenswert halten soll, an bestimmte Plausibilitätsstrukturen gebunden ist, und wenn es überdies stimmt, daß die (beruhigende) Aufrechterhaltung solcher Plausibilitätsstrukturen steter Prozesse der zwischenmenschlichen Bestätigung bedarf —, dann macht dies in der Tat zumindest einen Teil der Verständnislosigkeit vieler Kraftwerksbefürworter begreiflich, mit der diese den Aktionen der Ausschützer begegneten: Jahrzehntelang gewohnt, die fortschreitende technologische Großverwertung von Natur als zweifelsfrei lobenswerte Errungenschaft zu feiern und zu praktizieren, erfuhren sie in genau diesem Punkt eine massive In-Frage-Stellung.

„Technik ist die Antwort — was aber war die Frage?“ lautete das vielsagende Motto eines dazu erschienenen Heftes der Zeitschrift „Neues Forum“. Es markiert präzise jenes Zweifeln an bislang tradierten Plausibilitätsstrukturen in Sachen Naturtechnologie, welches Naturschützer anfangs überhaupt erst veranlaßt hat, den Hainburg-Konflikt ins Rollen zu bringen. Offensichtlichen Konfliktpunkten dieser unübersehbaren Bruchlinie zwischen Kraftwerksbefürwortern und Kraftwerksgegnern gilt es zunächst daher nachzuspüren. Zur Anknüpfung mag dazu jenes Symbol dienen, das für die Dynamik dieser Auseinandersetzungen wohl am bezeichnendsten war: das Symbol des Baumes.

6. Ein Dokumentationsband der Hainburger Ereignisse trägt den Titel: „Die Schlacht der Bäume“ (Nenning/Huber 1985). Das Bild am Buchdeckel zeigt gerodeten Wald und stammt von jenem 19. Dezember, an dem unter massivem Gendarmerie- und Polizeieinsatz ein etwa fußballfeldgroßes Stück des Stopfenreuther Auwaldes geschlägert werden konnte.

Erinnern Bilder von gefälltten Bäumen, wie wir sie etwa aus der Pionierzeit Amerikas kennen, an die Urbarmachung von Land zur Schaffung lebensfreundlicher Bedingungen, so symbolisiert das vorliegende Titelbild deutlich Gegenteiliges: Umringt von einem Kordon behelmter Polizisten, liegen die geschlägerten Bäume am Boden, quer durcheinander wie zerstörte Menschenleiber am Schlachtfeld. Der Himmel, der sich darüber wölbt, ist blutrot, die davon ausgehende Stimmung eindeutig: Sie kündigt von Destruktion und Zerstörung und markiert damit den *ersten* Konfliktpunkt zwischen Kraftwerksbefürwortern und Kraftwerksgegnern:

Denn während die einen nach wie vor von einer Art „Wiederaufbaumentalität“ getragen sind, die „Konstruktivität“ des Kraftwerkbaues im Zeichen des Wirtschaftsfortschrittes hervorstreichen und betonen, daß dieser zur Abdeckung des wachsenden Energieverbrauchs sowie zur Sicherung von Arbeitsplätzen dringend nötig sei, sehen sich die anderen mit dem „destruktiven“ Projekt eines „umweltzerstörerischen Monsterbaues“ (II, 28) konfrontiert, der in den letzten Auwald Mitteleuropas eine „nie wieder gutzumachende Wunde“ (II, 30) schlagen würde.

Dieser Argumentation versuchten die Kraftwerksbefürworter mit dem Hinweis entgegenzutreten, daß die Hainburger Auen wegen laufender Senkungen des Donaubettes aber gerade in ihrer gegenwärtigen Verfassung der Zerstörung preisgegeben seien. Der Kraftwerksbau würde dies aber stoppen und somit geradezu als Au-Rettung zu begreifen sein, zumal ja überdies geplant sei, jene Stücke der Au, die rund um den neuen Donaustau zerstört würden, wieder aufzuforsten. Um ihre naturschützende Funktion zu unterstreichen, startete die E-Wirtschaft eine Plakatkampagne mit dem Untertitel „Wir sorgen nicht nur für den Strom“, um auf idyllischen Bildern zu zeigen, welche seltene Tierarten an den bislang geschaffenen Stauseen heimisch seien; und Gewerkschaftspräsident *Benya* meinte sogar:

„Wenn man sich die Donau anschaut, dort wo sie gestaut wird, wie die Böschungen und Begrünungen aussehen, dann ist das Bild schöner. Man wird auch Hainburg wieder kultivieren, es wird wieder eine Au wachsen.“ (II, 47)

Gerade eine solche „Kultivierung“ ist es aber, die den Ausschützern völlig widerstrebt. Denn abgesehen davon, daß sie die Hinweise auf Au-gefährdende Einsenkungen im Donaubett zurückweisen und betonen, daß vielmehr die vorgesehene Donaustauung eine Bedrohung sämtlicher Aubestände darstelle (vgl. *Lötsch* II, 73 ff.), begreifen sie jeden größeren Eingriff in den ungeplant gewachsenen und wuchernden Auwald als zu verhindernde „Barbarei“ (I, 28). „Wollen wir Natur aus Gottes Hand oder aus Fremuths Hand?“ fragte *Nenning* (II, 33) tendentiös und bezeichnet damit diese ganz besondere Facette des oben genannten Bruchpunktes, die somit auch auf Konfliktpunkt zwei verweist:

Denn während es gerade der unkoordinierte, vielfältige und (noch) unverplante Wildwuchs ist, der den Auwald in den Augen der einen so unersetzbar wertvoll macht, scheint es den anderen geradezu angemessen bis nötig zu sein, in diesen Wildwuchs planend und gestaltend einzugreifen.

Wenn sich Ausschützer gegen die Verwirklichung von

negalomanen Konzepten aussprechen, so beziehen sie dies aber nicht bloß auf die geplanten Eingriffe in den Auwald alleine; plädieren sie doch in viel weiterer Hinsicht für die Momente der beförderten Vielfalt, des bodenständig Gewachsenen und des nur bedingt zentralistisch Geplanten: So sprechen sie sich für diverse Kleinprojekte zur Gewinnung und v. a. Einsparung von Energie aus, deren Ertrag durchaus mit der Energiegewinnung des geplanten Donaukraftwerkes zu vergleichen sei; wobei — ihrer Argumentation zufolge — mit Hilfe solcher Kleinprojekte auch ähnlich viele Arbeitsplätze geschaffen werden könnten, wie durch den Verzicht auf den Bau der Staustufe Hainburg verloren gingen (*Lötsch II*, 72 ff., *Stelzer I*, 54 ff., *Nenning II*, 31 f.). In diesem Sinn verlangen sie aber auch eine grundsätzlich stärkere und flexiblere Rücksichtnahme auf die jeweiligen Bedürfnisse und Verlangen der unmittelbar Betroffenen und damit ein Mehr an „Basisdemokratie“, wie sie während der Aubesetzung in den Lagern selbst praktiziert wurde (vgl. Dieter *Bogner* in der Jänner-Ausgabe der Zeitschrift *Falter*, aus dessen Ausführungen u. a. hervorgeht, wie wichtig es für die Aubesetzer selbst war, daß ihre Aktion nicht zentralistisch kommandiert war und ohne hierarchisch straffe Organisation erfolgte). Freilich — als die Kraftwerksbefürworter immer wieder nach den „internationalen /erzweigungen... der Hainburg-Gegner“ fragten und wiederholt auf Parallelen zwischen der Hainburger Aubesetzung und ähnlichen Vorfällen in Hessen verwiesen (vgl. I, 124; *AZ* vom 20. Dezember; *Kurier* vom 21. Dezember), da gewannen die Naturschützer zusehends den Eindruck, daß sich dieses Fehlen einer zentralen und durchgehenden Organisation der Aubesetzung „der Logik der Regierung und vor allem der Gewerkschaft entzieht“ (I, 132; vgl. auch *Bogner* wie oben). Statt basisdemokratische Tendenzen (wie etwa die Einleitung einer Volksabstimmung) zu verfolgen, pochten die Kraftwerksbefürworter auf die im vorgesehenen Instanzenweg getroffenen Beschlüsse und Entscheide, um zu betonen, daß es diese rechtsstaatlicher Weise durchzusetzen gelte. Und auf die dezentralistisch realisierbaren Energiespar- und Arbeitsplatzbeschaffungsvorschläge der Kraftwerksgegner gingen die Sprecher der Kraftwerksbetreiber erst gar nicht ein. Daher Bruchpunkt *drei*:

Während die einen die Förderung dezentralisierter und möglichst autonom gesteuerter (bzw. gestaltbarer) Prozesse und Projekte befürworten, scheinen die anderen auch weiterhin an einer Ideologie festzuhalten, derzufolge gesellschaftspolitische Prozesse (so wie bisher) zentral initiiert, gelenkt und verantwortet werden sollen.

„Ich werde ganz einfach aggressiv, wenn mir dauernd etwas verkauft wird, mit den Worten: ‚Das ist gut für dich‘“, meint eine Aubesetzerin (I, 127 f.) und macht damit deutlich, daß sich die Kritik der Kraftwerksgegner an der „Vielfalt des technologisch geplanten Zugriffs von Oben“ v. a. auch gegen gängige Tendenzen im Konsumverhalten richtet. Schon das tage- und wochenlange Ausharren der (nur notdürftig ausgerüsteten) Aubesetzer in Kälte und Schnee zeigte, daß sie im Zuge der Verfolgung von ihnen sinnvoll erscheinenden Zielsetzungen durchaus bereit sind, auf konsumierbare Bequemlichkeiten des Alltags zu verzichten. Ihr Einsatz für die Erhaltung des Auwaldes als Erholungsgebiet und *Nennings* Polemik:

„Natur ist, worin man spazieren geht. Als bald gelangt man an einen Stausee, wo man in bunten Plastikschißchen seine Freizeit gestaltet. Im Restaurant am Stausee ißt man Hawaii Steak mit Coca Cola und kehrt erfrischt in sein Arbeitsleben zurück“ (II, 6),

signalisierten aber auch ihren wachsenden Vorbehalt gegen das traditionelle Angebot der Touristik-Industrie. Sie berichten hingegen von den wohltuenden sinnlichen Erfahrungen, die sie in jenem Stück unberührter Natur machen, dessen Bäume sie unter Einsatz ihres Körpers auch unmittelbar-leiblich zu schützen versuchten (vgl. I, 20, 104 f.); sie ziehen zusehends die „Gleichsetzung von Qualität mit Quantität“ in Zweifel, derzufolge „mehr, größer, höher, schneller... besser (sei)“ (*Blau* II, 37); und während im Zuge der Hainburger Ereignisse ein Geheimpapier der E-Wirtschaft veröffentlicht wurde, in dem davon die Rede war, daß man aufgrund von Fehlkalkulationen zu viel Strom habe, das Kraftwerksausbauprogramm aber dennoch durchziehen wolle und deshalb überlegen müsse, wie man durch das Wecken neuer Bedürfnisse den Stromkonsum vermehren könnte (vgl. II, 63 ff.), sprachen sich Ausschützer aus für eine

„sukzessive Verlagerung der Werte und Wertvorstellungen mit dem Ziel, Kreativität, Ehrgeiz und Streben des Menschen in einem nicht materiellen Bereich zu entfalten“. (Brauer II, 186)

Dies charakterisiert auch den *vierten* Punkt des Bruches zwischen Kraftwerksbefürwortern und Kraftwerksgegnern:

Denn während die einen auch bezüglich des Konsumverhaltens an einer Wachstumsideologie festhalten, die v. a. auch das gezielte Wecken neuer Bedürfnisse und Verlangen zwecks deren wirtschaftlich rentabler „Nutzung“ vorsieht, hängen die anderen einer neuen Art einfacher Lebensqualität nach, die von den Momenten des selbstgestalteter Innehaltens, des Verfolgens unmittelbar sinnvoll erscheinender Aufgaben, des Genießers von „natürlicher Natur“ (Brauer) sowie des Erspürens einer kaum vermarktbareren Leiblichkeit getragen ist.

Mit dem Plädoyer für eine Art der Lebensgestaltung, die weniger als bisher an den unmittelbaren Verlangen und Bedürfnissen der einzelnen Betroffenen vorbeigeht, verknüpfen die Kraftwerksgegner aber auch die Forderung, von der heute vorherrschenden „Logifizierung“ (Wallner I, 120) Abstand zu nehmen. Es ist dies die Forderung nach einer „lebendigen, phantasievollen ... Demokratie“ (II, 35), die geäußert wird und verlangt, den „nicht rational bedingten“ Momenten des Fühlens und Wollens (Pöppel 1974, 47) mehr Beachtung einzuräumen.

„Der Einbruch von Farbe und Gefühl, Natur und Schönheit als Gegenstände der Politik, die volle warme Vernunft, die Hirn, Herz, Bauch und noch tiefer gelegene Gegenden mit umfaßt — das macht die alte Politikergarde wütend und verzweifelt“,

meint allerdings Günther *Nenning* (II, 30) und verweist damit auf den *fünften* und zunächst letzten zu vergegenwärtigenden Bruchpunkt, der in der Auseinandersetzung zwischen Kraftwerksgegnern und Kraftwerksbefürwortern deutlich geworden ist:

Denn während es für die einen nach wie vor selbstverständlich ist, politisch anstehenden Problemen in „emotionaler Distanz“ und mit „kühlem Kopf“ zu begegnen, verlangen die anderen die Entfaltung eines „neuen Bewußtseins“, das „bewußt das Unbewußte fordern und versuchen müßte, rational die Irrationalität gelten zu lassen...“ (Wallner I, 122)

**Gezielte Aktionen oder pathologisches Agieren?
Ein erstes Fragen nach unbewußten Momenten.**

7. Die oben bezeichneten Punkte, in denen sich das „Wirklichkeitsbegreifen“ der Kraftwerksgegner deutlich von dem der Kraftwerksbefürworter abzuheben scheint, galt es herauszustreichen, um nun in der Lage zu sein, gezielt zu fragen: Könnten in der deutlichen Abkehr der Kraftwerksgegner von bislang tradierten Plausibilitätsstrukturen bestimmte unbewußte Tendenzen zum Tragen gekommen sein? Und wenn ja — welche Wünsche und Verlangen könnten diesen manifest gewordenen Tendenzen zugrunde liegen?

Dabei mag es den Anschein haben, als müßte mit der Diskussion dieser Fragen auch gleichzeitig das Problem des pathologischen Agierens entschieden werden, das ja als ein pathologisch-unkontrolliertes Tun verstanden werden kann, in dem ein Handelnder versucht, bestimmten unbewußten Bedürfnissen und Verlangen in einer unangemessen-agitierenden Weise nachzugehen. Doch so sehr die folgenden Reflexionen auf diese Frage verweisen, so sehr sei das Problem des Pathologischen — zunächst — suspendiert. Angesetzt sei vielmehr nochmals bei dem im Hainburg-Konflikt so vielfach bemühten Baum-Symbol.

8. Am 23. Jänner 1985 erinnert sich der Aubesetzer Alex (I, 104 f.) an folgende Stimmung:

„Zwei Tage später bin ich wieder ‚draußen‘. Die eine Stunde Gehzeit zum Lager macht mich bereits euphorisch. Geht von dem Stück Auwald eine solch starke Ausstrahlung aus, daß ich in diese ungewohnte Stimmung komme? — Im Lager herrscht weiterhin dasselbe gute Gefühl. Zivilisationsneurosen fallen ab. Ich habe unter diesen Umständen meine Spontanität wieder entdeckt.“

Nach einem kurzen Hinweis, daß es vielen Aubesetzern wohl ähnlich ergangen sei, zieht er Resumee:

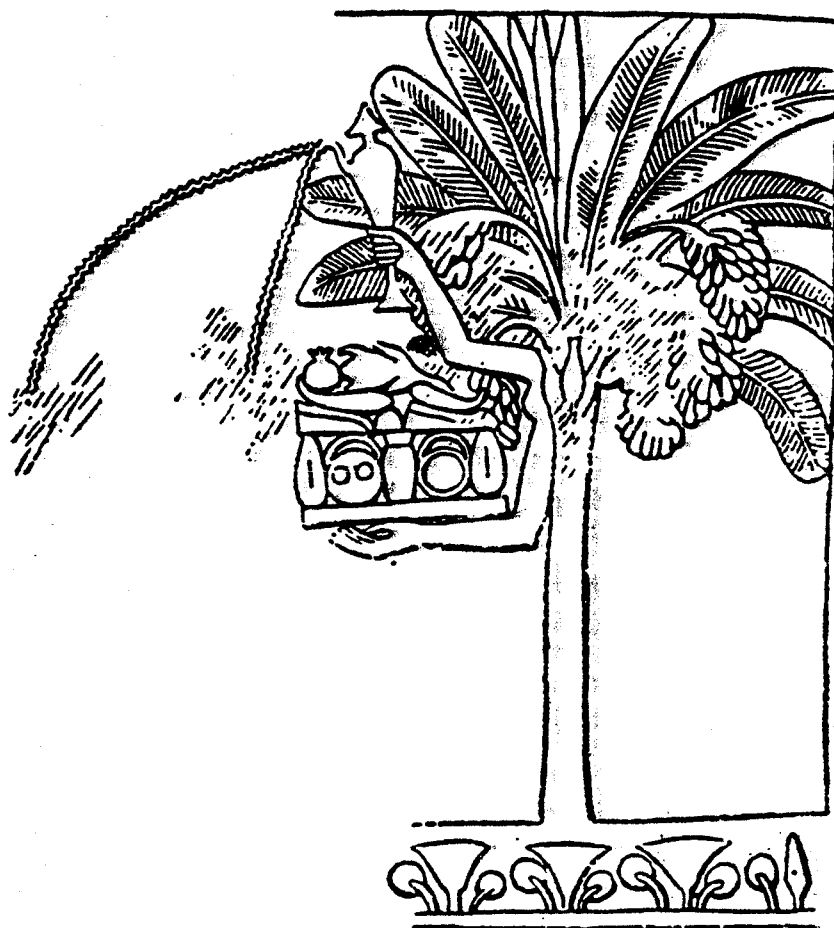
„Nach insgesamt acht Tagen und Nächten in der Au habe ich endlich kapiert, wie schnell sich der Körper in der Natur erholt. — Diesen urwüchsigen Wald will man mit einem Kraftwerk vernichten?!“

und macht damit unmißverständlich klar, was es für ihn im Dezember 1985 zu schützen galt: einen Auwald, den er als kraft- und lebensspendendes Medium erlebt, das es — gerade in dieser Hinsicht — selbst einem Großkraftwerk vorzuziehen gilt. Daß dies aufs erste paradox wirkt, bemerkt Alex selbst: „Alle Logik, die da sagt, daß es im Winter in einer Stadtwohnung doch viel bequemer sei, scheint aufgehoben.“ Und in der Tat scheint es eine ganz bestimmte „Logik“ zu sein, die hier zum Tragen kommt; nämlich: die des Symbols.

Die symbolhafte Gleichsetzung des Baumes mit Leben ist nichts Neues. Erich *Neumann* (1985) ist dem mit Jungianischer Gründlichkeit nachgegangen und hat darauf verwiesen, daß der Baum immer wieder als symbolhafte Gestalt für Fruchtbarkeit und lebensspendende Mutterschaft begriffen worden ist. Ein sehr deutliches frühes Bild finde man dafür etwa in der Mythologie Ägyptens, wo der Göttin Skymore als Dattelpalme sowohl die Funktion des Sonnengebärens als auch die des Nahrungsspendens zugeschrieben wird (Abb.); doch könne man ähnliche mythologische Darstellungen auch in vielen späteren Kulturen finden, was wohl damit zusammenhängen dürfte, daß sich „im Schatten und Schutz“ des Baumes auch realiter „das Lebendige (birgt), das er mit seinen Hunger und Durst stillenden Früchten nährt, die wie Sterne in ihm hängen“ (*Neumann* 1985, 233).

Hinweise auf die symbolhafte Gleichsetzung des Baumes mit dem Moment des Lebens- und Energiespenders findet man aber auch unter den Äußerungen der Aubesetzer immer wieder, markant formuliert etwa dort, wo *Fasan* (II, 59) auf die lebensbedrohlichen Konsequenzen großflächiger Waldrodungen hinweist, wo *Lötsch* (II, 49 ff.) und *Zukrigl* (II, 258) den Auwald als unabdingbare Existenzgrundlage für zahlreiche Tier- und Pflanzenarten vorstellen, oder wo der Aubesetzer Harald (I, 20) — methaphorisch und besonders einprägsam — das Überflüssigwerden eines Brillengebrauchs im nächtlichen Auwald beschreibt:

„... geht ein Typ mit mir. Er hat zunächst Bedenken, weil ich ohne Taschenlampe gehe, aber langsam schöpft er Vertrauen zu sich. Trotz



Dunkelheit und Nebel sieht er bald jeden Ast, jeden Baumstamm. Er erzählt mir, daß der draußen, im normalen Leben, in der Stadt, Brillen trägt, kurz- oder weitsichtig ist . . .“

Vergegenwärtigt man sich diesen Symbolgehalt der Gestalt „Baum“ und bedenkt man gleichzeitig die zahlreichen Berichte, die uns täglich über das Knappwerden vieler lebenswichtiger Ressourcen sowie über die Verschlechterung unseres ökologischen Gleichgewichts erreichen (vgl. Global 2000), so vermag man in einem ersten Schritt vielleicht zu verstehen, warum so viele Naturschützer den Kraftwerksbau als solch massiven Akt der Destruktion und Zerstörung begriffen haben:

von unzähligen Hinweisen auf den schlechten Zustand unserer Umwelt provoziert, mag im Wunsch nach Erhalt der Hainburger Au auch der Wunsch nach verstärktem Schutz all unserer Lebensressourcen manifest geworden sein, so daß die drohende Zerstörung des Auwaldes für viele ein Symbol für die drohende Zerstörung lebenswichtiger ökologischer Bedingungen überhaupt abgegeben haben mag:

„Die Au kann man lieben, ja, man muß sie lieben“,

macht auch *Burger* (I, 32) deutlich, denn

„sie ist das Lebenspendende schlechthin, die feuchte Ur- und Ideal-landschaft, aus der wir letztlich alle kommen und nach der wir uns alle sehnen, fruchtbar und friedlich, ein Stück Paradies oder die glückliche Erinnerung daran. Sie ist ... das Nährende.“

Doch ringt *Burger* diesem Bild auch einen konträren Aspekt ab; stehe doch die Au, so *Burger*, auch für

„das Zarte und Verletzliche, sie ist das ‚werdende Leben‘, sie ist das Mütterliche und Kindliche zugleich, in noch ungeschiedener Einheit.“

Angedeutet wird damit, daß in die Sorge um die Existenz der Bäume auch die Sorge um die eigene Sicherheit eingeflossen sein könnte, die aus einer Vielzahl von Quellen erlebter Bedrohung gespeist sein mag, welche wir heute mit unseren Sinnen unmittelbar kaum mehr fassen, insgesamt kaum überblicken und im einzelnen kaum kontrollieren können.* Unmittelbar

* Vgl. dazu die von Ausschützern geäußerten Befürchtungen bezüglich der kaum greifbaren bzw. kurzfristig beeinflussbaren Gefahren, die von den Momenten des leichtfertigen Umgangs mit Ressourcen, der Zerstörung des Lebendigen und des Aufrüstens ausgingen (I, 10, 28; II, 58, 185, 258). — Dies korrespondiert auch deutlich mit der Shell-Studie 81, derzufolge Jugendliche im repräsentativen Durchschnitt solche kaum faßbaren bzw. beeinflussbaren Momente als sehr bedrohlich einschätzen: So äußern „58% der befragten Jugendlichen eine düstere Zukunftsaussicht. Bei den 18- bis 20jährigen sind es sogar 61%. Von diesen Pessimisten rechnen 66 % damit, daß die Welt in einem Atomkrieg untergehen wird. Insgesamt erwartet genau jeder zweite Jugendliche zwischen 15 und 24 Jahren eine Atomkriegskatastrophe. Drei von vier Jugendlichen meinen, daß Technik und Chemie die Umwelt wahrscheinlich oder bestimmt zerstören werden. 80% vermuten, daß Wirtschaftskrisen und Hungersnöte ausbrechen werden“ (zit. nach RICHTER 1983, 7).

gesehen, gehört, gespürt... konnten im Zuge der Aubesetzung hingegen die Bäume-bedrohenden Arbeiter mit ihren Maschinen werden. Gegen sie war es machbar, überschaubare und — vergleichsweise — erfolgversprechende Akte des Widerstands zu setzen, so daß sich für so manchen Besetzer gerade damit die Möglichkeit eröffnet haben mag, im Widerstand gegen deren Roden auch dem Wunsch nach Bekämpfung all jener Bedrohungen Ausdruck zu verleihen, die er realiter — diffus und kaum bekämpfbar — gegen sich gerichtet spürt.

„Die Bäume sind wir“;

proklamiert *Hundertwasser* (II, 115) in genau diesem Sinn und verdeutlicht damit diese Tendenz, im Schützen der Aubäume auch den Wunsch nach eigener Sicherheit (symbolisch) verfolgt zu haben, ähnlich markant wie Günther *Nenning*, wenn er von der „Identität von Baum und Mensch“ spricht, die in der Hainburger Auseinandersetzung Gegenstand von Politik geworden sei (II, 6).

9. Die Reflexionen aus Abschnitt 8 lassen zunächst also zwei (unbewußte) Momente mutmaßen, die in die Einschätzung des Kraftwerksprojekts als „unbegreiflichen Akt der Destruktion und Barbarei“ eingegangen sein dürften: die große Sorge um die Sicherstellung ausreichender Lebensressourcen sowie das drängende Gefühl, darüber hinaus weiteren existenziellen Bedrohungen ausgesetzt zu sein, die ebenso schwer ausmachbar wie kontrollierbar zu sein scheinen. Entsprechend deutlich und symbolhaft dürfte im Widerstand gegen den Kraftwerksbau daher auch dem Verlangen nachgegangen worden sein, diese Sorge sowie dieses Gefühl über den Vollzug entsprechender Agitationen zu verringern. Wie oben angedeutet wurde, könnten manche Ausschützer im Kampf um den Erhalt der Aubäume somit auch jene Bedrohung (symbolhaft) bekämpft haben, denen sie sich selbst ausgesetzt fühlen, und damit insofern (unbewußten) Prozessen der „projektiven Identifikation“ gefolgt sein, als sie

— die Intensität ihres Verlangens nach Sicherheit auf den Auwald „projiziert“ haben,

— um nun den Auwald (gleichsam an ihrer statt) so zu schützen und zu sichern, wie sie selbst gerne gesichert und geschützt sein möchten (vgl. *Zwiebel* 1985).

Doch dürften Akte der „projektiven Identifikation mit dem Auwald“, wie in Abschnitt 10 zu zeigen sein wird, auch dem Zutagetreten weiterer Bruchpunkte zwischen Kraftwerksbefürwortern und Kraftwerksgegnern zugrunde gelegen sein.

10. Peter *Henischs* Hainburg-Text „Beschreibung eines Dickichts“ (II, 249) beginnt mit den Worten:

„Noch
steht hier keine Mauer.
Wenigstens hier
sind unsere Seelen
nicht aufgestaut
(NOCH nicht) —
nisten die seltensten Vögel,
in unseren Köpfen
müssen die Herz- und Leber-
Blumen NOCH nicht habtachtstehn.“

Es ist die Hochschätzung der — schon in den Bruchpunkten von Abschnitt 6 angeführt gewesenen — Momente der Ungeordnetheit, der Unverplantheit und der Vielfalt, die *Henisch* damit anspricht, um anzudeuten, daß wohl auch das Eintreten für den Schutz des Auwildwuchses von ganz bestimmter symbolischer Qualität gewesen sein dürfte und somit auch mehr als das bloße Ringen um den Erhalt eines Stückes ungezügelter Natur abgegeben haben mag.

Zwar plädiert *Henisch* im letzten Abschnitt seines Textes deutlich dafür, Natur gerade in ihrem unberührten Zustand wahrzunehmen, zu genießen und zu bewahren, wenn es da etwa heißt,

„Das Gras
ist noch kein Rasen geworden,
der Weg den wir gehen
kein Fitneßparcours
oder Lehrpfad
— ganz einfach ein Weg
mit Windungen,

hinter denen
wer weiß was
blüht
(die Luft riecht
nach Lauch).

Unter den Füßen die Erde
am Ufer die Kiesel,
die kannst du in den Himmel werfen,
der sich im Fluß spiegelt“;

und diese Passage mag auch an die Unwirtlichkeit unserer Städte und Verbauungen erinnern und damit mutmaßen lassen, daß in der Hochschätzung des Auwildwuchses auch der Wunsch nach dem Abbau der „Betonklotzwelt“ (I, 10) sowie das Verlangen nach einer „sinnlich befriedigenderen“ Lebenswelt (Lorenzer 1981, 16) zum Ausdruck gekommen sein mag (ein Moment, das im übrigen ja auch in der Aubesetzerlösung „für Hainburg — gegen Beton“ unmißverständlich verbalisiert worden ist) (I, 129).

Doch macht der einleitende Teil des Textes deutlich, daß Henischs Befürchtung, das unberührte und sich selbst überlassene Wachsen und Wuchern der Au könnte verloren gehen, auch für die Sorge um den (weiteren) Verlust einer Art „inneren Wildwuchses“ steht, der von einem hohen Maß an entfalteter, wahrgenommener und zum Ausdruck gebrachter Emotionalität getragen ist:

„Noch
steht hier keine Mauer.
Wenigstens hier
sind unsere Seelen
nicht aufgestaut
(NOCH nicht)“;

ist oben zu lesen und verweist auf genau dieses Verlangen nach „Erleben und Gefühl“, das — Ringels Hainburg-Analyse zufolge — in der heute so massiv praktizierten Leugnung und Verdrängung von „Trieb- und Gefühlsanteilen“ wurzle (II, 205).

In vielen Publikationen der letzten Jahre ist auf dieses letztgenannte Phänomen verwiesen worden, und zahlreiche

Autoren sind seinen weitverzweigten Wurzeln und Erscheinungsformen nachgegangen. So hat etwa *Singer* (1973) auf das heute auch schulisch verfolgte Leistungs- und Ordnungsdenken verwiesen, das es Schülern kaum erlaubt, emotionale Bedürfnisse in angemessener Weise wahrzunehmen und zur Entfaltung zu bringen; *Ettl* (1983) hat ähnliches für den Bereich des Kindergartens konstatiert; und tiefenpsychologische Arbeiten über Eltern-Kind-Interaktionen haben darauf aufmerksam gemacht, daß es vielen jungen Kindern auch in Gegenwart ihrer Eltern oft nicht möglich sei, Gefühle wie „Zorn, Empörung, Verzweiflung, Neid, Angst“ zu äußern, was nicht selten zu „emotionaler Verunsicherung und Verarmung“ führe (da diese Kinder ja kaum die Möglichkeit gehabt hätten zu lernen, bestimmte Gefühle und Empfindungen bewußt zu erleben). Selbst in den Arbeitsbereichen der „helfenden Berufe“ wie Medizin, Sozialpädagogik oder Psychologie sei eine Ideologie der technologischen Machbarkeit dominant, derzufolge Probleme der emotionalen Betroffenheit immer seltener aufgegriffen werden (*Ringel* II, 202; *Richter* 1979). Und allem voran werde auch im Arbeits- und Ausbildungsbereich aufgrund der vorherrschenden Leistungsorientierung verlangt, von der Entfaltung spontan auftretender Wünsche und Emotionen abzusehen unter dem Hinweis, daß als Ersatz für die damit verbundenen Entsagungen Wohlstand und Aufstieg winke; doch betont *Willi* (1985, 18), daß auch der zur Nutzung dieses Wohlstandes vorgesehene Freizeitbereich „längst vom rationalen und wirtschaftlichen Denken in Beschlag genommen worden (ist). Der Anspruch, in möglichst kurzer Zeit möglichst viele Bedürfnisse zu befriedigen und verpaßte Erlebnisse zu konsumieren, hat zu einer Entfremdung von den kreativen Gestaltungsmöglichkeiten der freien Zeit geführt“, was wohl damit zusammenhängen dürfte, daß auch die Werbeindustrie stets darum bemüht ist, über die Wahrnehmung etwaiger Gefühle der Sinnlosigkeit, Mattigkeit oder des Unbehagens mittels der „ununterbrochenen Fabrikation von scheinbaren Bedürfnissen“ hinwegzutäuschen (*Lasch* 1979, 100 f.).

„Und hier sind wir, die nicht mehr mitmachen wollen, weil uns mehr genommen als gegeben wird“,

schreibt aber der Ausschützer Harald (I, 103) und erinnert damit an die vielen publizierten Hinweise, die den Gründen für die wachsende Abkehr vom Genuß solcher Scheinbefriedigungen zugunsten einer konzentrierteren Hinwendung „zum eigenen Selbst“ nachzuspüren versuchen. Im Anschluß an *Brunmayr* (1982, 253) könnte man etwa mutmaßen, daß in einer Zeit, in der viele im Wohlstand leben, das Streben nach materiellen Werten immer weniger attraktiv wird, konsumatorische Scheinbedürfnisse deshalb immer weniger weckbar seien und deshalb das Verlangen nach unmittelbar „spontanen und gefühlsbetonten Lebensformen“ wachse; angeregt durch *Bohleber* und *Leuzinger* (1981), *Jahoda* (1983) und *Offe* (1984) könnte man gleichzeitig aber auch meinen, daß es die Knappheit von Ausbildungsplätzen sowie die wachsenden Arbeitslosenraten sind, die es immer weniger verlockend machen, sich radikal und unter weitgehender Vernachlässigung emotionaler Bedürfnisse in eine technologisch-rational orientierte Leistungsgesellschaft einzuordnen; und schließlich (aber keineswegs letzten Endes) ist wohl auch zu mutmaßen, daß die wachsende Sensibilität für die (oft pathologischen und grenzpathologischen) Folgen solcher Prozesse der Gefühlsverleugnung und -verdrängung gegenläufige Verlangen schürt.

Brunmayr (1982, 344) jedenfalls referiert im Österreichischen Jugendbericht, daß immerhin schon 1981 72% der Befragten angeben, sie würden gerne „viel lieber spontane Gefühle zeigen wollen, als es bei uns üblicherweise toleriert wird“; wobei 53% gleichzeitig meinten, das Leben bei uns sei in feste Regeln gepreßt, so daß „spontan und gefühlsbestont leben fast unmöglich ist“. (Von jenen Jugendlichen, die als Sympathisanten der Alternativszene anzusehen sind, bekannten sich sogar 84% bzw. 69% zu diesen Statements.)

Angesichts dieser Diskrepanz zwischen dem weitverbreiteten Wunsch nach spontanem, gefühlsbetontem Leben und der gleichzeitigen skeptischen Einschätzung der Möglichkeit seiner Realisierbarkeit scheint es jedenfalls naheliegend zu sein, im zitierten Beginn des Textes von Peter *Henisch* sowohl die Sorge um den Verlust einer erlebnisreichen, ungeordneten Aulandschaft als auch die dadurch provozierte Sorge um eine Art

„Zubetonierung des Psychischen“ zu mutmaßen (Richter 1983, 12); eine doppelte Sorge, die sich noch präziser formuliert bei Peter Turrini (II, 84) findet, wenn dieser sagt:

„Ich bin gegen dieses Kraftwerk, weil ich Angst habe, wieder einmal einen Teil jenes äußeren und inneren Wildwuchses zu verlieren, gegen den die Ordnungsgärtner seit Jahren vorgehen.“

11. Freilich spricht Peter Turrini im eben angeführten Zitat auch von seiner Angst um den „äußeren Wildwuchs“, von dem er wohl ebenfalls meine, er müsse ihn verteidigen. Doch ehe dieser Problematik ein eigenes Kapitel gewidmet werden soll, sei nochmals festgehalten: Wenn im Zuge der Hainburger Auseinandersetzungen die Hochschätzung des unkoordinierten, vielfältigen und (noch) unverplanten Wildwuchses durch die Kraftwerksgegner besonders deutlich geworden ist, so mag auch dies von einer Art „projektiven Identifikation“ mitgetragen gewesen sein; und zwar insofern, als manche Kraftwerksgegner

- a) den Wildwuchs der Au (unbewußt) als Symbol für spontane Emotionalität begriffen haben könnten, um
- b) im Kampf um die Schaffung der Bedingungen für ein ungehindertes Weiterwuchern des Waldes auch symbolhaft die (innerseelischen) Bedingungen für die Entfaltung einer eigenen „wuchernden“ Gefühlswelt zu schaffen.

Dieses (dabei zum Ausdruck gekommene) Verlangen nach Entfaltung und Verfolgung von Emotionalität und Spontanität dürfte als Folge einer weitverbreiteten Tendenz zur Unterdrückung, Verleugnung und Verdrängung von Emotionen zu begreifen sein; wobei überdies wohl konzidiert werden muß, daß der Einsatz für einen wild wuchernden Auwald, der in seiner gewachsenen Vielfalt noch die Befriedigung vieler sinnlicher „Erlebniserwartungen“ gewährleisten kann (Lorenzer), wohl auch direkt von diesem Verlangen nach verstärkter emotionaler Entfaltung mitgetragen gewesen sein dürfte.

Von David und Goliath, Delegation und Autonomie.
Ein zweites Fragen nach unbewußten Momenten.

12. Die große Entscheidung über den Ausgang der Hainburger Auseinandersetzungen fiel am Mittwoch den 19. Dezember. Bereits dreimal zuvor hatte die Gendarmerie den Auftrag gehabt, Rodungen möglich zu machen; dreimal war sie bislang am gewaltlosen Widerstand der Aubesetzer gescheitert. Nach langen Verhandlungen und mehreren Hinweisen des Innenministers, unter Einsatz massiver Mittel Rodungen zu ermöglichen. Es kam zum Einsatz von behelmteten und mit Gummiknüppeln bewaffneten Gendarmerie- und Polizeitrupps, die zum Teil auch Hunde mit sich führten und das schon in Punkt sechs erwähnte fußballfeldgroße Austück zur Rodung freimachten. Ausschützer und Journalisten, die den Exekutivbeamten nicht aus dem Weg gingen, wurden niedergestoßen und geschlagen, es gab einige Verhaftete und Verletzte, und die Presse brachte Großberichte unter den Überschriften „Krieg in der Au“ (profil) oder „Die Schande von Hainburg“ (Kronenzeitung 20. 12.). Ehe diese Zeitungen aber noch erscheinen konnten, kam es in Wien zu einer kurzfristig organisierten Demonstration, bei der nach Angabe der Veranstalter ca. 40.000 Menschen aller Alters- und Berufsbereiche teilnahmen. Breite Bevölkerungsschichten bezogen eindeutige Haltung, verurteilten das Vorgehen der Regierung. Und tatsächlich wurde der für Donnerstag geplante neuerliche Exekutiveinsatz zurückgezogen, und am Freitag kündigte Bundeskanzler Sinowatz einen „Weihnachtsfrieden“ an: Stop der Rodungen bis 3. Jänner. Dies bedeutete, daß mit weiteren Rodungsversuchen kaum mehr zu rechnen war, da Schlägerungen im Auwald bloß bis 31. Jänner durchgeführt werden dürfen und ein neuerlicher Rodungsbeginn auch unter dem inzwischen angewachsenen Druck der Öffentlichkeit kaum mehr vorstellbar war.

Damit war das eingetreten, was Konrad Lorenz noch am 8. Dezember für völlig unwahrscheinlich gehalten hatte (II, 263). Denn zu Beginn waren ja den Kraftwerksbefürwortern nur einige Kraftwerksgegner gegenübergestanden, die bloß von einigen gering organisierten Bürgerinitiativen, der Österrei-

chischen Hochschülerschaft, den Vertretern des Konrad-Lorenz-Volksbegehrens sowie einem Teil der Tages- und Wochenpresse unterstützt wurden; während sich hingegen die Kraftwerksgegner mit einem Gutteil der „offiziellen Macht Österreichs“ konfrontiert gesehen hatten: mit einer Art Arbeitsgemeinschaft, die getragen war von Regierung, einem Gutteil der Opposition, den Führenden im Österreichischen Gewerkschaftsbund, der Industriellenvereinigung sowie den Vertretern der Bau- und Elektrizitätswirtschaft (II, 9 ff.). Doch so wie diese Konfrontation zwischen Gegnern und Befürwortern vom ursprünglichen Kräfteverhältnis her an David und Goliath aus dem Buch Samuel erinnert, so auch hinsichtlich des Ausganges — freilich mit dem Unterschied, daß sich die Kraftwerksgegner (in offensichtlicher Diskrepanz zu David) grundsätzlich dazu bekannten, bloß gewaltfreien Widerstand zu leisten. Umso mehr gilt es, den Ausgang dieser Auseinandersetzung, den die Ausschützer noch am 20. und 21. Dezember bezweifelt hatten, im Zuge der nächsten Abschnitte näher zu durchleuchten; zumal genauere Reflexionen darüber auch nähere Mutmaßungen über das Manifestwerden der in Abschnitt 6 herausgestellten Bruchpunkte 3, 4 und 5 erlauben.

13. Die Entwicklung und Ausgestaltung des menschlichen Umgangs mit Mächtigen und Autoritäten war immer schon Gegenstand tiefenpsychologischer Theoriebildungen. Schon Freud und Adler haben darauf hingewiesen, wie bedeutsam die ersten Interaktionserfahrungen mit Eltern für den Aufbau psychischer Strukturen sind. Und Erikson (1966) ist es zu verdanken, den Stellenwert dieser Erfahrungen des ersten Lebensjahres für den Aufbau von Urvertrauen bzw. Urmißtrauen ausgelotet zu haben. Erikson (1966, 75 ff.) hat aber auch darauf verwiesen, daß Kinder mit ca. Beginn des 2. Lebensjahres ihre ersten massiven Autoritätsprobleme mit Eltern erleben. Aufgrund der Reife seiner psychischen und motorischen Fähigkeiten beginnt „das immer noch höchst abhängige Kind (enormen Wert) auf seinen autonomen Willen zu legen“, wodurch Eltern aber gleichzeitig herausgefordert würden, immer wieder Grenzen zu setzen. Gängeln sie ihr Kind dabei aber zu stark, so würde dies das Selbstwertgefühl

des Kindes beeinträchtigen und das Kind begänne bald, aufsteigende Wünsche und Verlangen mit Scham oder Zweifel zu begegnen. In dieser Phase, so hat *Mahler* (1978) herausgestrichen, sei es deshalb wichtig, Kinder in ihren Autonomiebestrebungen zu ermutigen, um ihnen gleichzeitig auch die Möglichkeit zu geben, bei ihren Eltern immer wieder nötigen Rückhalt und nötige Geborgenheit zu finden.

Bei der Bewältigung der damit verbundenen Konflikte fällt es den Autoritätsausübenden aber oft schwer, Autonomiebestrebungen ihrer Kinder angemessen zu begegnen, weil sie unbewußt häufig das Verlangen haben, ihre Kinder zur Befriedigung eigener unbewußter Wünsche heranzuziehen. So werden Autonomiebestrebungen etwa als unbewußt bedrohlich erlebt, wenn sich Eltern mit herabgesetztem Selbstwertgefühl möglichst lang mit schwachen, abhängigen Kindern konfrontiert sehen wollen (um unbewußt dabei angenehme Gefühle der Stärke erleben zu können); und *Richter* (1963) sowie *Stierlin* (1975) haben darauf hingewiesen, daß Kinder unbewußt oft auch zur Verwirklichung von Zielen gedrängt werden, deren Erreichung den Eltern selbst versagt geblieben ist. Doch welche (oft unbewußten) Hemmungen, Ängste, Wünsche, Rachegefühle, Schuldgefühle... Kinder und Jugendliche in der Auseinandersetzung mit Eltern und Autoritäten (sei es in dieser frühen Zeit oder sei es später) auch immer ausgebildet haben — von ihnen hängt es maßgeblich mit ab, wie sie dann entsprechende Auseinandersetzungen mit Autoritäten und Mächtigen erleben und zu gestalten vermögen. Der Ausschützer Bernhard (I, 101) referiert dazu etwa, daß er in der Konfrontation mit Polizisten nicht nur Angst verspürt hat, denn

„zusätzlich kam da noch eine Welle nach von dem, was mir meine ziemlich restriktive, konservative Erziehung sehr ausgiebig zu vermitteln versucht hat: Autoritätsgläubigkeit, Bescheidenheit, Nachgeben, Sich-Fügen und in dieser Art so weiter.“

Und kommentierend beschreibt er sogar die Mächtigkeit solcher unbewußter Prozesse, wenn er beifügt:

„Ich fühlte mich zeitweise aus schlechtem Gewissen elend, da ich doch so öffentlich meinen Widerspruch zur herrschenden Autorität demon-

strierte. Und ich hatte immer geglaubt, das alles schon längst bewältigt zu haben und frei davon zu sein. Aber offenbar hatte die Bewältigung dieser Prinzipien in gewohnter Weise der Intellekt übernommen und nur kosmetisch an der Oberfläche meines Bewußtseins betrieben.“

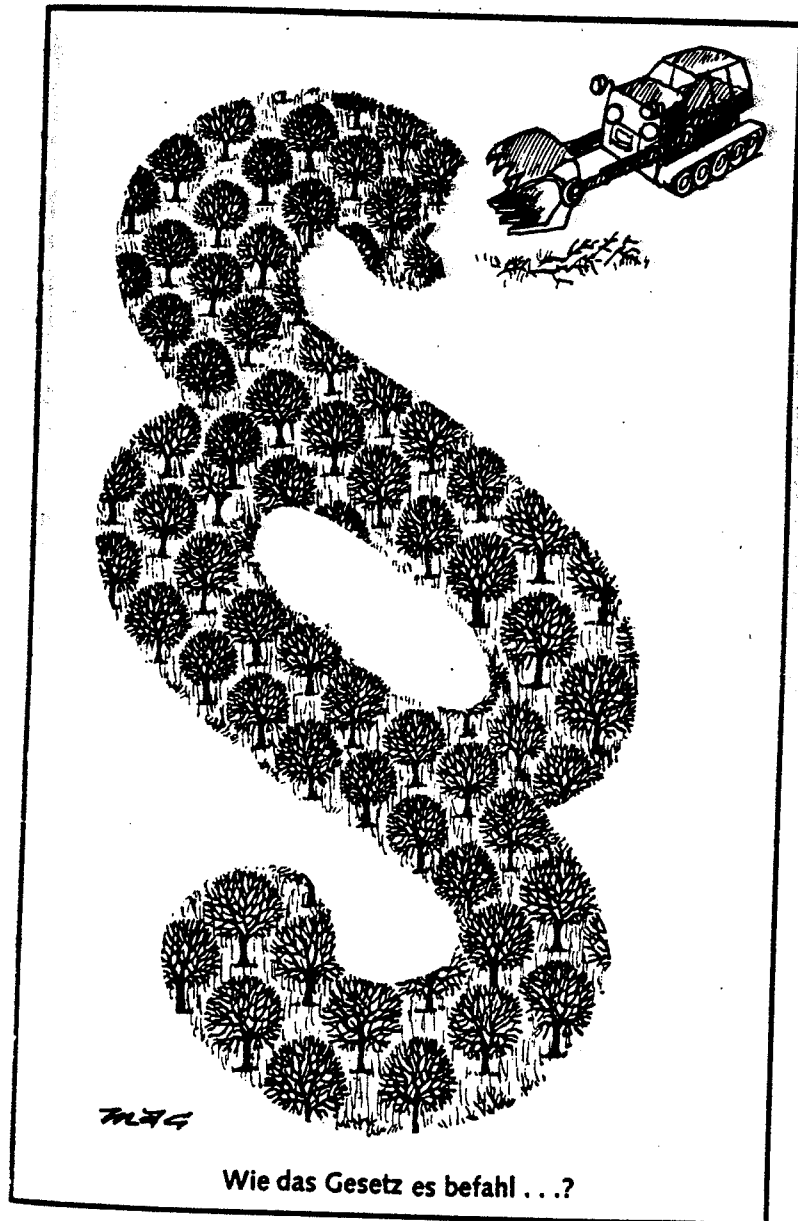
Bohleber und *Leuzinger* (1981) haben allerdings darauf hingewiesen, daß die familialistische Deutung sozialpolitischer Phänomene nicht unproblematisch ist, so daß man nicht Gefahr laufen darf, die Dynamik der Hainburger Auseinandersetzungen „bloß“ als Ausdruck ungelöster Autoritätskonflikte einiger Jugendlicher schlechthin zu begreifen (zumal sich die Kraftwerksgegnerschaft im Fall Hainburgs ja auch keineswegs bloß aus Jugendlichen zusammengesetzt hat). Die Vergegenwärtigung der angestellten Überlegungen dürfte aber dennoch helfen, bestimmte Grundprobleme jener Hainburger Ereignisse zu verstehen, die insbesondere auch zur entscheidenden Abenddemonstration an jenem besagten 19. Dezember geführt haben; denn gerade diese Ereignisse dürften davon getragen gewesen sein, daß Politiker qua Autorität versucht haben, im Umgang mit bestimmten Bevölkerungsschichten und unter Vernachlässigung von deren Verlangen eigene Wünsche durchzusetzen. Um zu zeigen, daß gerade dies Unmut und Widerstand im Volk geschürt hat, sei — in Hinblick auf die Mutmaßung unbewußter Momente — nochmals der Chronologie der Geschehnisse gefolgt.

14. Dem Eindruck der Kraftwerksgegner zufolge scheinen die Vertreter der Regierung von Beginn an wenig Interesse an den Anliegen der Naturschützer zu haben. *Karl Weber* (II, 11 ff.) referiert rückblickend, daß 1983 erst ein Projekt des World Wildlife Funds (WWF) gestartet werden mußte, um die zuständigen Stellen auf die mit dem Kraftwerksbau verbundenen Probleme aufmerksam zu machen; und daß die entsprechenden Behörden mit „Beschwichtigungsversuchen“ reagierten, als eine im Zuge dieses Projektes erstellte Untersuchung der Donauwasserqualität äußerst bedenkliche Ergebnisse gezeitigt hatte.

Auch dürften sich die maßgeblichen Vertreter der Kraftwerksbefürworter eine bestimmte „Bewilligungsargumentation“ zurecht gelegt haben, derzufolge die Donau vom Austrocknen bedroht sei. Für stichhaltige Gegenargumente, so *Weber*, seien

Politiker aber völlig verschlossen gewesen. Statt dessen wurde eine Art „innerer Konsens“ zwischen Kraftwerksbauern und Politikern deutlich, der von personellen Verflechtungen und wirtschaftlichen Vorausinvestitionen der DoKW begleitet war. Dies ließ den Verdacht auf manipulierte, „zurechtgebogene“ politische Entscheidungen aufkommen: Die für den Bau notwendigen Bewilligungen, Entscheide, Gutachten und Bedarfsnachweise schienen schon im Interesse der Befürworter vorentschieden zu sein und sollten sich nach den Wünschen der Interessensverbände richten. Bezeichnender Weise wurde der Kraftwerksbau auch von den Ministern *Haiden* und *Steyrer* immer mehr befürwortet, obwohl diese sich 1981 noch eindeutig gegen Rodungen ausgesprochen hatten (vgl. profil-Heft „Krieg in der Au“). Und am 22. Dezember 1983 erteilte Minister *Haiden* sogar eine Bevorzugungserklärung, die den beschleunigten Bau ermöglichen sollte. Stützen mußte er sich dabei allerdings auf ein umstrittenes Gesetz, das dem Juristen *Pernthaler* zufolge als kriegswirtschaftlich relevantes Relikt aus der Hitler-Zeit „einen Fremdkörper in der österreichischen Rechtsordnung (darstellt), der den verfassungsrechtlichen Grundsätzen der Rechtsstaatlichkeit und des Eigentumsschutzes widerspricht“ und deshalb aus unserer Rechtsordnung schon längst hätte eliminiert werden müssen (II, 118).

Als nach der Erteilung dieser Bevorzugungserklärung wieder eine verstärkte öffentliche Berichterstattung einsetzte und das Konrad-Lorenz-Volksbegehren eingeleitet wurde, stiegen die Hoffnungen der Kraftwerksgegner wieder an; zumal nun auch die Überprüfung der Vereinbarkeit des Kraftwerksprojekts mit dem besonders strengen Niederösterreichischen Naturschutzgesetz begann, das für sich gesehen einen Kraftwerksbau ausschloß. Entsprechend negativ fielen auch die Bescheide der Bezirkshauptmannschaften aus, und viele Ausschützer glaubten, daß der damit in letzter Instanz betraute Landesrat *Brezovsky* „selbst bei ‚gutem Willen‘ die naturschutzrechtliche Bewilligung nicht erteilen könnte“ (II, 16). Unter Berufung auf andere Gesetzesstellen wurde am 26. November 1984 aber ein gegenteiliger Bescheid erlassen, der in der öffentlichen Diskussion allerdings auf heftigste Kritik stieß und vielerorts als „Gefälligkeitsgutachten“ angesehen wurde (vgl. Abb.). Ohne weitere Diskussionen



Kronen Zeitung, 12. Dezember 1984

abzuwarten oder gar anzuregen, erließ Landwirtschaftsminister *Haiden* aber schon am 6. Dezember die vom Ausgang des Naturschutzverfahrens abhängige Wasserrechtsbewilligung, um da-

mit die Möglichkeit für erste Rodungen zu eröffnen. Auch dies wurde von Teilen der Presse sowie von Vertretern der Kraftwerksgegnerschaft als weiterer Beleg für das versuchte „Durchboxen“ eines in Politikerkreisen bereits vorentschiedenen Bauvorhabens betrachtet; zumal es schien, als wollte der Politfunktionär *Brezovsky* auch die Veröffentlichung der ihm zur Verfügung stehenden Gutachten hinauszögern. Der Unmut über seinen Entscheid wuchs weiter,

- als bekannt wurde, daß *Brezovsky* bestimmten Beamten den Auftrag zur Ausarbeitung von Gutachten entzogen habe, weil er befürchten mußte, sie würden negativ ausfallen;
 - als Universitätsprofessoren veröffentlichten, daß ihre ablehnenden Gutachten — entgegen ihrer Intention — ausgelegt und uminterpretiert wurden;
 - als 19 Professoren der Universität für Bodenkultur sowie 18 Amtssachverständige des Landes Niederösterreich Resolutionen unterzeichneten, in denen sie sich gegen die von *Brezovsky* bemühten Argumentationsfiguren wandten;
- und der Unmut wuchs weiter, als gegen Landesrat *Brezovsky* wegen dieser und weiterer Punkte schließlich Anklage hinsichtlich des Verdachts auf Amtsmissbrauch und Urkundenfälschung erhoben wurde. Durch diese Vorgänge provoziert, wuchs die Zahl der Staatsbürger, die dem Kraftwerksbau kritisch gegenüberstanden, und die Zahl der Aubesetzer vermehrte sich. Und als diese auch den Anweisungen der Exekutive gegenüber passiven Widerstand leisteten, Rodungen nicht (oder nur eingeschränkt) vollzogen werden konnten, und auch ein Gutteil der Presse auf Seiten der Kraftwerksgegner stand, da konstatierten viele Kommentatoren im Regierungskurs Hilflosigkeit und Unsicherheit (vgl. Salzburger Nachrichten 14. Dezember; Kurier 18. Dezember, oder *Votzi* im profil-Heft „Krieg in der Au“).

Nun soll hier undiskutiert bleiben, ob auch Politiker solche von *Richter* (1976) beschriebenen Karrieremuster durchlaufen, welche die Entfaltung eines starken Verlangens nach einem Selbstgefühl der Macht und Stärke provozieren, und ob deshalb auch Politiker überdurchschnittlich stark in Gefahr sind,

Infragestellungen ihrer Mächtigkeit als äußerst bedrohlich zu erleben. Doch spricht einiges dafür, daß Politiker, die in der Zeit der Hochkonjunktur und des Ausbaus des Wohlfahrtsstaates daran gewöhnt wurden, im Rahmen ihres politischen Tuns „starke narzißtische Wünsche nach Macht, Herrschaft und Bewunderung“ befriedigt zu erhalten (Kutter 1984, 220), nun in einer Zeit wachsender Unzufriedenheit vieler Bürger mit dem Tun der politischen Parteien deutliche Momente der Verunsicherung verspüren dürften. Das (unbewußte) Verlangen nach einem Selbstgefühl der Stärke, der Mächtigkeit, des Bewundert- und/oder Geliebtwerdens dürfte daher gerade in einer „Zeit wie der diesen“ massiv geschürt werden; und neben allen wirtschaftlichen und realpolitisch faßbaren Momenten könnten es genau diese (unbewußten) Verlangen gewesen sein, die während der Hainburg-Ereignisse auch auf Seiten der Politiker einige Male zum Tragen gekommen sein dürften:

- im Entschluß der Regierung, das Kraftwerksprojekt „durchzuziehen“ (Kurier 12. Dezember), um sich und den Kraftwerksbefürwortern zu zeigen, daß man als Regierung wohl noch die Macht habe, einmal gefaßte Vorhaben zu realisieren;
- im Vorgehen *Brezovskys*, dem es gelungen ist, auf der einen Seite mit Genugtuung feststellen zu können, er habe „buchstabengetreu dem Gesetz Rechnung (getragen)“, um sich vielleicht aber gleichzeitig auch als eine Art „Retter der Regierung und der Sozialpartner“ erleben zu können mit dem umfassenden Selbstverständnis, er habe seine Aufgabe „im Interesse der Donaulandschaft, des Marchfeldes, im Interesse Niederösterreichs und der Republik gelöst“ (Salzburger Nachrichten 14. Dezember);
- sowie im Entschluß der Regierung, zunächst mit den Kraftwerksgegnern möglichst lange zu verhandeln, um nach einigen Krisen nicht noch mehr Zuneigung aus weiten Kreisen der Bevölkerung zu verlieren.

Es ist aber nicht unwahrscheinlich anzunehmen, daß mit der Resistance der Aubesetzer auch das Ohnmachtsgefühl der Regierung gewachsen ist, das v. a. auch unter dem wachsenden Druck der Gewerkschaft immer mehr in ein Gefühl „ohnmäch-

tiger Wut“ eingemündet sein mag (was sich dann auch im zunehmend schärferen Auftreten den Aubesetzern gegenüber geäußert haben könnte) (vgl. Abb.). Auch manche machtgewohnten Funktionäre der Gewerkschaft mögen (unbewußt) eine bedrohliche Einbuße ihres Selbstgefühls der Stärke verspürt haben, als sie ihre Pläne nicht aufgehen sahen; und als sie am 18. Dezember vor 1000 Betriebsräten verkündigten, im Falle einer abermaligen Verhinderung von Rodungen selbst mit Belegschaften in die Au zu marschieren, mag dies eben-



*Gulliver
in
Hainburg
Karikatur:
Zehentmayr*

Kleine Zeitung, 18. Dezember 1984



Aumok (Ein Mann sieht grün) . . .

Karikatur: H. Hütter

Salzburger Nachrichten, 19. Dezember 1984

falls mitgetragen gewesen sein vom Verlangen, dieses herabgesetzte Selbstgefühl der Stärke (vor applaudierendem Publikum) wieder anzuheben. Und auch die von Seiten der Kraftwerksbefürworter wiederholt gemachten Hinweise, daß die Aubesetzer von Radikalen angeführt seien, von Ghadafi Geld erhielten und von ausländischen Terroristen gesteuert seien, könnten Akte der Entwertung abgegeben haben, welche auch die (unbewußte) Funktion erfüllt haben mögen, einer ernsthaften Infragestellung des eigenen Tuns entgehen zu können (vgl. dazu auch den Generalsekretär der Industriellenvereinigung, der laut AZ meinte, „das Vorgehen der Volksbegehrenslente und ihre Haltung sei ‚typisch nihilistische Dialektik der Gegensätze‘“; auch dies bringt keinen inhaltlichen Sinn zum Ausdruck, sondern vermag wohl bloß der inneren bzw. zur Schau gestellten

Distanzierung zu dienen) (vgl. AZ 20. Dezember; Kurier 21. Dezember; Kurier 22. Dezember).

Aussagen wie die letztgenannten dürften aber wohl auch gezielt gemacht worden sein. Gemeinsam mit den Hinweisen, daß die Aubesetzer ja Rechtsbrecher seien und ihre Aktivitäten gegen Österreich, gegen die Rechtsstaatlichkeit und gegen die Demokratie richten würden, sollte wohl auch der Rückhalt gebrochen werden, den die Kraftwerksgegner in breiten Kreisen der Bevölkerung hatten. Doch wenn dies richtig gesehen ist, so gilt es rückblickend zu sagen: Kaum ging eine Strategie so sehr daneben wie diese.

15. Glaubt man den Kommentatoren der österreichischen Presse sowie einigen Autoren des Basisbuches „hainburg“, so war ein Gutteil der Aubesetzer weniger vom ökologischen Motiv des Ausschutzes, sondern vielmehr vom Verlangen bewegt, gegen die „selbstgefällige Machtausübung“ der „herrschenden Kräfte“ eindeutig und unmißverständlich zu protestieren (Salzburger Nachrichten 21. Dezember; I, 127).

„Hier ist endlich die Chance, Widerstand zu leisten gegen eine Entscheidung, die die Obrigkeit — in diesem Fall Regierung und E-Wirtschaft — gefällt hat“ (I, 40),

schreibt etwa die Aubesetzerin Gundi und macht klar:

„In der Stopfenreuther Au bin ich vor dem 8. Dezember nie gewesen. So kann ich von mir nicht behaupten, daß mein Anteil an der Aubesetzung ein gewachsener gewesen ist, nein falsch: Mein Engagement für die Au kam ziemlich plötzlich, doch mein Wille zum Widerstand eben gegen die Staatsgewalt war eben schon lange vorher vorhanden.“ (I, 37)

Und Ähnliches bringt auch Claudia auf den Punkt, wenn sie schreibt:

„Und doch, vermute ich, war die Motivation, sich gegen das Kraftwerk einzusetzen, für viele, daß es einem gereicht hat, daß die ganze Unlust dem Staat, den herrschenden Kräften gegenüber, herausbrach, daß Hainburg so etwas wie ein Tropfen war, der das Faß zum überlaufen brachte.“ (I, 127)

Freilich — angesprochen wird damit der heute so viel diskutierte

Umstand, daß weite Teile der Bevölkerung ihren Politikern Unbehagen und Skepsis entgegenbringen. Sich von ihren Repräsentanten nicht mehr vertreten fühlend und der wachsenden Überzeugung, daß es in der Politik vielmehr um Partei- als um Allgemeininteressen gehe,* wächst das Verlangen nach Formen der „partizipatorischen Demokratie“ (Naisbitt 1984, 225 ff.; Pelinka 1984), das mitunter aber gleichzeitig auch Angst macht; haben es doch viele Staatsbürger, die lange Zeit als „passiv empfangende Bürger“ im Wohlfahrtsstaat gelebt haben (Kutter 1984, 217), häufig nicht gelernt, politische Eigeninteressen gezielt und autonom zu vertreten. Und Autoren wie Ringel (II, 202), Kutter (1984, 219) oder Richter (1976, 1979) weisen darauf hin, daß viele deshalb resignieren oder aussteigen; zumal die einzelnen Vertreter einschlägiger Einrichtungen tendentiell auch kaum bereit sind, Machtansprüche aufzugeben, was u. a. auch damit zusammenhängen dürfte, daß „die Regierenden Angst (haben), daß durch Lockerung der Zügel lange aus Angst vor Sanktionen unterdrückte Rachewünsche frei werden“ (Kutter 1984, 220).

Nun wäre es aber wohl zu einfach zu meinen, in der Auseinandersetzung in Hainburg seien bei ökologisch weniger engagierten Kraftwerksgegnern „bloß“ „unbewußte Rachewünsche“ laut geworden. Denn wenn man Berichte wie etwa den von Bernhard (I, 99 ff.) liest, dann wird zunächst deutlich, daß es für viele erst das Vorgehen der politisch Verantwortlichen war,

* Letzteres bejahten 83% österreichischer Präsenzdienler. Gleichzeitig bejahten 84% das Statement, in der Politik gehe es ziemlich korrupt zu (BRUNMAYR 1982, 241). Vgl. aus unzähligen weiteren Untersuchungen zu diesem Themenkomplex RICHTER (1983, 7): „Der Ansicht, daß die meisten Politiker gar nicht mehr wissen, was die einfachen Leute denken, stimmt zur Zeit laut Spiegel-Umfrage 86% in der Altersgruppe bis 25 Jahre und 85% in der Altersgruppe bis 64 Jahre und älter zu. In den mittleren Jahrgängen sinkt der Anteil allerdings nur bis auf 72%. Das heißt, eine breite Mehrheit der Bevölkerung fühlt sich, im Gegensatz zu dem Prinzip unserer repräsentativen Demokratie, mit ihren Gefühlen und Gedanken nicht mehr durch die Führungsschicht repräsentiert. Sie fürchtet also, daß die Politik an ihren Sorgen und Wünschen vorbeiläuft... Die Zweifel daran, daß sie selbst Einfluß auf die Entwicklung nehmen können, sind größer, als sie jemals waren.“

welches Interesse und Bereitschaft zum Widerstand und Protest geweckt hat. Das „undurchsichtige Ineinandergreifen von Bürokratien“ (Salzburger Nachrichten 14. Dezember), das Gefühl, daß „einige wenige entscheiden und der Großteil nichts als ausführen ‚darf‘“ (I, 39), sowie der Eindruck,

„daß alles bereits entschieden sei, und die folgenden Stationen des ‚Rechtsweges‘ nur eine Farce darstellten, gemäß dem von Polgar beschriebenen Motto: ‚Die Konklusionen stehen fest, die Voraussetzungen haben sich ihnen zu fügen‘“ (Ringel II, 208),

dies mag gerade auch bei vielen „Nicht-Grünen“ bewußte und unbewußte „Erinnerungen“ wachgerufen haben an Situationen, in denen man eigene Wünsche und Ideen selbst nicht verfolgen konnte (oder kann) und Träger wie Vertreter öffentlicher Einrichtungen als willkürlich bzw. ungerechtfertigt vorgehend erlebt (hat). Und Äußerungen wie etwa die des Literaten Hans Weigel:

„Mein Seelenzustand erinnerte mich an die chronisch betrübt Bitterkeit der ersten Republik“ (II, 196),

machen deutlich, daß gemeinsam mit solchen „Erinnerungen“ auch entsprechende (unbewußte) Emotionen aufzubrechen pflegen: neben Bitterkeit wohl auch Zorn, Enttäuschung, Gelüste der Revanche, eventuell auch Angst oder schlechtes Gewissen angesichts des Wunsches, sich gegen Autoritäten auflehnen zu wollen, sowie v. a. auch Gefühle der Hilflosigkeit und ohnmächtigen Wut (vgl. Gundi I, 37; Harald I, 10; Claudia I, 127), die in vielen Fällen als ganz besonders kränkend erlebt werden und deshalb nicht zur bewußten Wahrnehmung gelangen.

Als nun am 10. Dezember die ersten Rodungsversuche gestartet wurden, erschienen in den meistgelesenen Tageszeitungen (Kronenzeitung, Kurier) groß aufgemachte Berichte mit den Schlagzeilen

„Baummord begann“,

„Die Gendarmerie kämpfte brutal Weg für Au-Zerstörer frei“,

„Hainburg-Demonstranten von 250 Gendarmen vertrieben“,

„Bestürzung über harte Räumaktion“,

geschickt versetzt mit Artikeln, in denen darauf hingewiesen wurde, daß gegen Landesrat *Brezovsky* besagte Anzeige wegen Amtsmißbrauch und Urkundenfälschung erstattet worden sei (Kurier 11. Dezember) und überdies noch die Baubewilligungen der zuständigen Bürgermeister fehlten.

„Im Fall des Kraftwerks Hainburg scheint schon wieder geltendes Recht mit Füßen getreten zu werden“,

berichtete die Kronenzeitung und eröffnete einen weiteren Artikel mit den Zeilen:

„Das harte bis brutal geschilderte Vorgehen der Gendarmerie gegen die friedlichen Anti-Hainburgdemonstranten hat bei vielen Politikern Bestürzung, ja Empörung hervorgerufen...“

Diese Art der massenmedialen Berichterstattung dürfte Unmutsgefühle über das Vorgehen der Mächtigen im Staate weiter geweckt bzw. gesteigert haben, nochmals unterstützt durch Passagen wie solche, denen zufolge

„... mehrere Gendarmerie-Postenkommandanten aus dem Marchfeld einem ‚Krone‘-Redakteur erklärten, daß sie den harten Einsatz gegen die Naturschützer mißbilligten, doch das brutale Vorgehen sei ‚von höherer Stelle angeordnet worden‘.“ (Kronenzeitung 11. Dezember)

Stimmt die Annahme, daß solche Kolportagen die oben erwähnten und aus eigenen Erfahrungen stammenden Emotionen zu intensivieren pflegen, und stimmt es weiters, daß solche Hinweise auf ungerechtfertigt erscheinende Vorgangsweisen von Mächtigen sowohl (unbewußte) Strafbedürfnisse als auch das Verlangen nach deren „Entmachtung“ wachzurufen vermögen, so liegt es nahe zu vermuten, daß die Aubesetzer nun auch für viele „nicht-grüne“ Staatsbürger eine ganz bestimmte (unbewußte) Bedeutung erlangt hatten; nämlich: die eines „delegierten idealen Selbst“. Denn

- indem die Aubesetzer jenen Widerstand leisteten, den sich viele Österreicher (unbewußt) zu leisten bloß gewünscht haben dürften, schienen sie für diese eine Art „ideales Selbst“ zu verkörpern (nach *Richter* 1969);
- und indem sie in der Au diesen Wunsch gleichsam an deren

Stelle verfolgten, mochten sie gleichzeitig auch als deren „Delegierte“ erlebt werden (nach *Stierlin* 1974).

Dies bedarf und erlaubt fünf Erläuterungen:

Erstens: Wenn die Aubesetzer für viele Österreicher „delegierte ideale Selbstmomente“ abgegeben haben, dann bedeutet dies, daß im Tun der Aubesetzer ein Gutteil der Bevölkerung die Verwirklichung eigener Protestwünsche mitverfolgen konnte (ohne solche Protestwünsche gegen Vertreter des Staates und des Landes bei sich selbst aber bewußt wahrnehmen bzw. selbst gezielt verfolgen zu müssen). „Idealen Delegierten“ mit Sympathie zu begegnen liegt nahe, und dies ließe zunächst auch verstehen, warum die Aubesetzer im Weiteren auch auf breite ideelle und materielle Unterstützung im Volk stießen; zumal die überwiegende Mehrzahl der Aubesetzer ja auch gleich die „idealen Delegierten“ zweier Interessensgruppen abgaben: und zwar jener, die von Beginn an primär am Erhalt der Au interessiert war, als auch jener, die sich nun auch vom Vorgehen der offiziellen Verantwortlichen unangenehm berührt und betroffen fühlte.

Zweitens: Wenn von Kommentatoren wiederholt bemerkt wurde, daß sich die Hainburger Ereignisse auch deshalb so stark von den Geschehnissen des 68er Jahres unterschieden hätten, weil zu den Sympathisanten der Aubesetzer auch sehr viele Erwachsene aus bürgerlichen Kreisen zu zählen waren, so ist auch dieser Umstand über die Bemühung des Konzepts des „delegierten idealen Selbst“ greifbar. Denn erstens dürften die Themenbereiche „Ökologie“ und „Widerstand gegen die Willkür der Obrigkeit“ in all ihren bisher entfaltetten Facetten Problempunkte berühren, von denen sich auch bürgerliche Erwachsene betroffen fühlen; und zweitens zeigten sich die Aubesetzer in einer Weise, die gerade auch bürgerliche Normvorstellungen traf: Während die ersten Bäume fielen, so wurde berichtet, sangen die Aubesetzer die Bundeshymne und hißten rot-weiß-rote Fahnen, sie bekannten sich zum Österreichischen Staat, kämpften „um die Erhaltung einer glaubwürdigen Demokratie“ und setzten sich — unter Einsatz ihres bloßen Körpers — für die Einhaltung internationaler Verpflichtungen sowie für die Befolgung österreichischer Gesetze ein, unterstützt

und begleitet von etablierten Universitätsprofessoren, renommierten Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und ökumenische Messen haltenden Priestern. In diesen asketischen und winterliche Entbehrungen auf sich nehmenden Menschen „ideale Delegierte“ zu sehen, dürfte daher auch Vertretern bürgerlicher Kreise nicht allzu schwer gefallen sein; zumal ja die Ausübung passiven Widerstands auch als gekonnte Kompromißbildung angeboten wurde zwischen dem intensiven Wunsch nach aggressiver Leidzufügung und dem Verbot, sich gegen staatliche Autoritäten offen und massiv aufzulehnen.

Drittens: Als es den „delgierten“ Aubesetzern gelungen war, erste Erfolge zu landen, da wuchs — zum einen — wohl auch das Wohlbefinden der „Sympathisanten“, die sich — und das kann nicht deutlich genug herausgestellt werden — im Unterschied zu vergleichbaren Bewegungen und in völligem Kontrast zur Terroristenszene aber — aus Vertretern aller Berufs- und Altersgruppen zusammengesetzt hat. Anzunehmen ist, daß sich bei vielen von ihnen auch schon erste (unbewußte) Gefühle der Schadenfreude, der Genugtuung, aber auch der Zuversicht eingestellt haben, die politischen Verantwortlichen würden nun endlich einmal in ihre Schranken verwiesen. Und wenngleich diese Zuversicht durch das energische Drängen von DoKW, Industrie und v. a. Gewerkschaft nochmals ins Wanken geriet und in diesem Zusammenhang berichtet wurde, daß

„Kanzler Fred Sinowatz & Co. sieben Stunden lang mit den Au-Schützern im Parlament von Angesicht zu Angesicht verhandeln; aber jedes einzelne Wort und jeden Beistrich von im Hinterzimmer wartenden ÖGB-Funktionären ‚absegnen‘ lassen muß“ (Kurier 14. Dezember),

dann mag auch dies den (unbewußten) Zorn über die Schwierigkeit weitergeschürt haben, die man als Staatsbürger hat, wenn man seine Interessen entgegen den Vorstellungen Mächtiger zur Geltung bringen will.

Viertens: Auch weitere Versuche der Kraftwerksgegner, das positive Image der Aubesetzer zu schmälern, schlugen daher verständlicher Weise fehl. Denn wenn seitens einiger Regierungsvertreter betont wurde,

- daß sich die Aubesetzer verbotenerweise in der Au aufhielten und deshalb Rechtsbrecher seien;
- daß sie dazu übergegangen seien, aktiven Widerstand zu leisten;
- daß sie dabei von Radikalen und Ausländern finanziert und organisiert seien;
- und daß sie deshalb eine Gefährdung des demokratischen Rechtsstaates darstellten;

dann richteten sie diese Vorwürfe gegen Menschen, die von vielen als „delegierte“ Vollstrecker eigener Wunschvorstellungen erlebt wurden. Unter jenen Staatsbürgern, denen die Aubesetzer imponierten, war daher von vornherein nur eine geringe Bereitschaft zur Akzeptanz dieser Vorwürfe zu erwarten, da deren Anerkennung ja gleichzeitig auch mit einer Selbst-Diffamierung eigener Wunschvorstellungen verbunden gewesen wäre. Doch wiesen die großen Tageszeitungen gleich darauf hin, daß das rechtliche Vergehen der Aubesetzer als Verwaltungsübertretung in keinem Verhältnis zu den gravierenden juristischen Bedenken stünde, die es gegen einen Baubeginn einzuwenden gelte, so daß das Tun der Aubesetzer bestenfalls als „Akt zivilen Ungehorsams“, keineswegs aber als eine Gefährdung der Rechtsstaatlichkeit Österreichs anzusehen sei. In vielen Berichten machten Journalisten, Privatpersonen und Prominente auch deutlich, sie hätten in der Au zwar zahlreiche friedliche Demonstranten, jedoch keine Terroristen gesehen; und letzten Endes dürften sich insbesondere Eltern vor den Kopf gestoßen gefühlt haben, als sie hörten, daß

„... — laut Innenminister — das Kind vielleicht sogar ein Demotourist, ein Eichendorff-Romantiker, ein Angehöriger der Anarcho-Szene, ein Rechtsextremist oder gar ein ‚anderer‘ (was immer das sein mag) sein könnte“ (*Nöstlinger* im Kurier 19. Dezember).

Schließlich wurde wohl auch

„die Hetze von Arbeiterkammerpräsident Czettel gegen die Studenten, für deren Kosten — 65.000 Schilling pro Jahr pro Student — die Arbeiter schufteten müßten, zum Bumerang. Nicht nur die zahlreichen Akademiker im ÖGB und in der Arbeiterkammer waren verstimmt, auch die Arbeiter und Bauern, deren Kinder oft unter großen Opfern

studieren. Und mit ihnen all jene Steuerzahler, die unseren Staat mitfinanzieren und denen sofort die zahlreichen öffentlichen Pleiten und Verschwendungen einfielen, die dicken 16, 18, ja 20 Monats-Gehälter der Manager, der verstaatlichten Industrie, der hochbezahlten Energiebosse, der Direktoren der verstaatlichten Banken . . . , der Pensionsversicherung, der Messe-AG etc.“ (*Meissner-Blau II*, 252)

Alles in allem war es daher nur plausibel, wenn viele Staatsbürger in den Vorwürfen der Kraftwerksbefürworter bloß „mögliche und unmögliche Diffamierungen“ sahen (*Meissner-Blau II*, 251), die eine etwaige gewaltsame Räumung der Au als gerechtfertigt erscheinen lassen sollten; so daß es angesichts der skizzierten Überlegungen auch nicht weiter wundern durfte, wenn der Wunsch nach Widerstand gegen das obrigkeitliche Vorgehen eine abermalige Verstärkung erfuhr.

Fünftens: Als am 19. Dezember der besagte Großeinsatz von Gendarmerie und Polizei erfolgte, erfuhr jener Teil der Bevölkerung, der inzwischen schon einige Verärgerung über das Vorgehen der Regierung hegte, daß nun mit entschlossenerer Gewalt denn je gegen jene vorgegangen worden war, von denen man sich die Erfüllung eigener Wunschvorstellungen (unbewußt) erhofft hat. Die Befürchtung, daß die Erfüllung dieser (inzwischen sehr intensiv gewordenen) Wunschvorstellungen endgültig in Gefahr sei, dürfte viele Staatsbürger nun vor die eine Möglichkeit gestellt haben, sich dem Regierungsvorgehen unter Verzicht auf weitere Protestwünsche zu fügen. Das Unbehagen, das sich mit etwaigen Ohnmachtsgefühlen dann aber eingestellt hätte, sowie die nun nochmals provozierte Wut über das obrigkeitliche Vorgehen dürfte inzwischen zu stark geworden sein, um weiterhin ungeäußert unterdrückt werden zu können; und so durfte es nicht wundern, wenn in Wien Zehntausende auf die Straße gingen, um friedlich, aber eindrucksvoll gegen dieses Vorgehen der Regierung zu demonstrieren. Beim Zustandekommen des Entschlusses vieler, an dieser Kundgebung teilzunehmen, mögen — neben bewußten Überlegungen — freilich auch noch andere (unbewußte) Momente mitgespielt haben: — etwa die Erfahrungen aus den letzten Wochen, die gezeigt haben, daß man Mächtige gerade auch mit friedlichen Kundgebungen bedrängen kann;

- die Möglichkeit, ähnlich wie manche Aubesetzer gewaltfreie Akte zu setzen, die zwar deutlichen Protest und Widerstandswillen ausdrücken, aber doch auch dem Gebot genügen, nicht zu attackieren oder zu zerstören (so daß man nicht jene Vorwürfe erhalten kann, die man gegen die Vertreter der „attackierenden“ Exekutive und der „Wald- und Lebens-zerstörenden“ Kraftwerksbefürworter richtet);
- und vielleicht auch die Angst, daß dem „Delegierten“ des eigenen Selbst in den nächsten Tagen noch mehr zustoßen könnte, wenn seitens der Bevölkerung nicht ein deutliches Zeichen des Protests gesetzt wird (zumal sich manche Staatsbürger — unbewußt — wohl auch verpflichtet gefühlt haben dürften, ihren Delegierten zumindest durch die Teilnahme an solch einer Art „Solidaritätsdemonstration“ Dank abzustatten).

Daß die Zahl derjenigen, die mit dem Vorgehen der Regierung unzufrieden waren, die Zahl 40.000 jedenfalls weit überschritt, war deutlich; zumal am Donnerstag erst die Zeitungen erschienen, die unter den Schlagzeilen

„Befehl für Polizei lautete: Schlagstöcke, kein Pardon!“

„Bunkerstimmung in SPÖ: ‚Und jetzt erst recht!‘“

„Sturm auf die Hainburger Au: Polizeitruppe schlug hart zu“,

„Das war die brutale Schlacht gegen die Umweltschützer“,

oder: „Nach Prügelszene Sympathiewelle für die Au-Besetzer“

in Bild und Text darüber berichteten, wie am 19. Dezember bewaffnete Gendarmen und vor allem Polizisten losgeschickt wurden, um friedliche Demonstranten, darunter „Frauen und Kinder“ (Kurier 20. Dezember) anzugreifen, zu schlagen, zu verfolgen, zu verletzen. Einer Umfrage des ORF zufolge sprachen sich nach Weihnachten mehr als 50% der Österreichischen Bevölkerung gegen den Bau des Kraftwerkes Hainburg aus; doch hatte sich ja schon in der Nacht zum 21. Dezember Innenminister *Blecha* mit seiner Meinung durchgesetzt, von weiteren Räumungsversuchen Abstand zu nehmen, und damit das eingeleitet, was Bundeskanzler *Sinowatz* noch am selben Tag verkündete: „Weihnachtsfriede für die Au“ (AZ 22. Dezember).

16. In Abschnitt 13 war auf die Schwierigkeiten hingewiesen worden, die Eltern immer wieder haben, wenn bei ihren Kindern das Verlangen auftritt, eigene Bedürfnisse und Verlangen zu entfalten, um sie „autonom“ bzw. bloß mit Hilfe der nötigen elterlichen Unterstützung zu verfolgen. Und in der Tat dürfte dies auch eine der maßgeblichen Schwierigkeiten vieler politisch Verantwortlicher im Hainburg-Konflikt abgegeben haben: zu akzeptieren, daß sich in der „Causa Hainburg“ bei vielen Staatsbürgern ein Verlangens- und Meinungsbildungsprozeß vollzogen hat, der nicht den zentral entschiedenen Vorstellungen vieler politisch Verantwortlicher gefolgt ist und dennoch realisiert werden wollte.

Schon das Vorhaben der Rodung eines Auwaldes, der für viele ein (unbewußtes) Sinnbild für „gesicherten inneren und äußeren Wildwuchs“, für Ressourcenreichtum und für sinnlich befriedigende Vielfalt abgegeben haben dürfte, mag für manche als Symbol gestanden sein für jene Art des Umgangs mit Mensch und Natur, der bei vielen Unbehagen, Angst und „ohnmächtige Wut“ provoziert und im weiteren Ereignisverlauf gerade auch in politischer Hinsicht erlebbar wurde als Versuch, zentral gefaßte Entscheide technokratisch „durchzuziehen“, ohne zentrale Verlangen, Befürchtungen und Einwände einzelner Betroffener ernsthaft zu berücksichtigen. Indem die politisch Verantwortlichen damit sowohl Anliegen ökologischer Art (in all ihrer angezeigten Bedeutungsvielfalt) mißachteten als auch damit verwobene Anliegen, die sich primär gegen die zentralistisch-technokratische Art ihres politischen Vorgehens richteten, dürften sie (a) bei sehr vielen Bürgern (verschiedenen Alters und Herkunft) strukturell ähnliche Momente des Leidensdrucks mobilisiert haben, die nun (b) aufgrund der Intensität und Öffentlichkeit eines sinnlich faßbaren und immer mehr einflußbar erscheinenden Ereignisses aber nicht (mehr) der Verdrängung oder Verleugnung anheim fielen, sondern in die gemeinsame Äußerung von Protest und Widerstand einmündeten (vgl. Lorenzer 1981, 130). Und da dieser Widerstand gegen eine Politik gerichtet und verdichtet war, die als dirigistisch erlebt wurde, war auch das Manifestwerden des dritten Bruchpunktes verständlich, demzufolge sich ja Kraftwerksgegner

deutlich für die Förderung dezentralisierter und möglichst autonom bzw. basisdemokratisch gestaltbarer Prozesse und Projekte aussprachen.

In Anknüpfung an diese Überlegungen vermag auch das deutliche Manifestwerden von Bruchpunkt fünf verstehbar werden, demzufolge die politischen Funktionäre verstärkt auf „Rationalität“, „Vernunft“ und „kühlen Kopf“ setzten, während die Kraftwerksgegner eine „rationale Irrationalität“ (Waller I, 122), eine Politik mit „Herz und Schmerz“ (Nenning II, 7) forderten. Denn wenn der Arbeiterkammerpräsident und Metallergewerkschaftschef *Czettel* davon spricht, daß in der Au „gegen die Vernunft“ demonstriert wurde (Presse 18. Dezember) und der Vorsitzende der Industriellenvereinigung *Krejci* den Kraftwerksgegnern „Irrationalismus“ vorwirft, dann machen sie selbst klar, was sie mit „vernünftig“ oder „rational“ meinen: das Durchsetzen ihrer Position und damit das Verwirklichen von Beschlüssen, die in ihrem Sinn gefaßt sind und technologisch Machbares intendieren, das „im großen Stil“ verwirklicht werden kann. Indem sich nun aber breite Teile der Bevölkerung mit den Konsequenzen eines solchen Vorgehens nicht (mehr) zufrieden gaben und statt dessen — wie angedeutet — auf die dringende Verfolgung anderer Interessen pochten, da wurde vielen politischen Funktionären wohl auch deutlich, wie schwierig es unter solchen Umständen weiter wäre, eine Art von Politik zu machen, in der

„jeder erfährt, er solle sein Inneres möglichst so einrichten, daß es den äußeren Betrieb nicht störe, in den jeder unweigerlich eingespannt ist“

und in der

„nicht die Person mit ihrem inneren Befinden noch etwas (gilt), sondern nur noch das abstrakte, nivellierte Gebilde Mensch, das man soweit als möglich berechnen kann“ (Richter 1976, 196).

Daß mit dem dringenden Verlangen breiter Bevölkerungsschichten nach mehr Autonomie und nach verstärkter Berücksichtigung individueller Wunschvorstellungen auch das Mächtigkeits- und damit Selbstwertgefühl zentralistisch denkender

politischer Funktionäre herabgesetzt worden sein dürfte und inwiefern sich deshalb hinter deren

„Versuchen, Sachlichkeit vorzutäuschen, ... ein Berg von Emotionen verbarg, auch Ängste“ (*Turrini II, 85*),

das vermag weiterhin bloß angedeutet zu werden. Aber wenn für viele der politisch Verantwortlichen dann

„sachlich sein heißt: denken und tun, was die Oberen für richtig halten“ (*Nenning II, 7*),

dann wird verständlich, daß gerade angesichts des „Leidensdruckes“, den das „rationale“ geplante Vorgehen der Obrigkeit provoziert hat, die Forderung laut geworden ist nach einer neuen Form von Irrationalität als Garant dafür, daß individuelle Betroffenheit nicht verstummt, sondern verstärkt zu Ausdruck und Geltung gelangt.

Das Verlangen, mit Intensität Aufgaben zu verfolgen, von denen man sich betroffen fühlt, dürfte auch zum Manifestwerden von Bruchpunkt vier geführt haben, der auf die deutliche Abkehr der Kraftwerksgegner von bestimmten Weisen des traditionellen Konsumverhaltens bezogen ist. Denn wenn die Bereitschaft der Kraftwerksgegner auf Konsumverzicht gerade auch angesichts ihres entbehrungsreichen Aufenthalts in der winterlichen Au deutlich geworden ist, dann dürfte ja gerade dies darauf zurückzuführen sein, daß die Aubesetzer tendentiell von der Ideologie getragen waren, zur Arbeit an den ihnen sinnvoll erscheinenden Aufgaben von bestimmten konsumatorischen Bequemlichkeiten Abstand zu nehmen (wobei es in diesem Zusammenhang wohl auch daran zu erinnern gilt, daß der Auwald als Symbol sinnlich glücklichen Erlebens für viele wohl auch unmittelbar mehr „konsumatorischen Wert“ gehabt haben mag als so manche Konsumartikel des täglichen Lebens).

*Vier abschließende Thesen zur
Dynamik politischer Auseinandersetzungen*

„Es ist also jetzt nicht mehr die Frage:
Soll gelernt werden?
Es ist jetzt die Frage:
Wie soll gelehrt und gelernt werden?“

(Bertold Brecht, Zu den Lehrstücken)

17. Nachdem im Jänner 1985 klar geworden war, daß mit dem Beginn etwaiger Kraftwerksbauten zumindest ein knappes Jahr lang gewartet werden muß, da griffen einige Kommentatoren zur Feder und beschrieben den „Lehrstückcharakter“ der Hainburger Auseinandersetzungen. Viele Staatsbürger, so wurde betont, wären durch das Miterleben dieser Geschehnisse „nicht nur sensibler geworden für die Vorgänge in unserem Land“, sondern hätten v. a. auch

„die schöne Erfahrung gemacht, daß frau/man nicht ganz ohnmächtig ist, daß es darauf ankommt, sich zusammenzutun, sich zu wehren, und wir haben gesehen, daß die Staatsmacht, die Wirtschaft, all die grauen Herrn gar nicht so mächtig sind, wie sie sich vielleicht fühlen.“ (Claudia, I, 128)

„Hainburg hat die Kursänderung eingeleitet“, kommentierte dazu *Meissner-Blau* (I, 255) und meint ähnlich wie Ringel (I, 209), daß die „Folgen von Hainburg“ wohl auch eine Modifikation und Öffnung vieler politischer Entscheidungsstrukturen beinhalten müßten. All diesen Hoffnungen zum Trotz stellt Claudia aber dennoch die Frage, ob Überlegungen dieser Art nicht zu euphorisch seien. Denn „Hainburg“ war zwar

„ein konkreter Anlaß, sein ganzes Unbehagen herauszulassen, die schlummernde Wut, all die Ohnmacht nach außen zu tragen“ (I, 127);

aber gerade darin, so Claudia, liege doch die Gefahr, daß das „kritische Potential“ einzelner „verpufft“ sei, in Hinkunft alles

beim Alten bliebe und man den Kopf für eine Sache hingehalten habe, „die es vielleicht gar nicht wert (gewesen sei)“.

Der Problembereich, den Claudia damit anspricht, ist seiner Struktur nach jenem ähnlich, für den in der Psychoanalyse die Begriffe des Agierens, des Widerstandes und des Durcharbeitens stehen. Denn

- wenn sie andeutet, daß manche Aktivitäten im Zuge der „Hainburger Auseinandersetzungen“ auch von Affekten und Tendenzen mitgetragen waren, die — Claudias „schlummernder Wut“ zufolge — unbewußt zur Geltung kamen, so verweist sie damit — erstens — auf Momente des Agierens; versteht man darunter doch Handlungen, in denen versucht wird, bestimmten unbewußten Wünschen und Verlangen agitierend nachzugehen bzw. ihnen agitierend Ausdruck zu verleihen. (Momente des Agierens haben somit auch den zentralen Gegenstand unserer bisherigen Reflexionen über „Hainburg“ abgegeben.)
 - Gleichzeitig macht Claudia deutlich, daß das Verfolgen oder Zum-Ausdruck-Bringen von unbewußten Wünschen und Verlangen im Agieren als erleichternd und angenehm erlebt wird, so daß man sich im Anschluß daran oft nur sehr schwer aufraffen kann, auch längerfristig an der beschwerlichen Veränderung sozialpolitischer Entscheidungsstrukturen zu arbeiten. Genau damit verweist sie aber — zweitens — auf den Begriff des Durcharbeitens, der ja jene mühsamen Prozesse der psychoanalytisch-psychotherapeutischen Arbeit umfaßt, die nicht bloß auf das Bewußtmachen psychischer Strukturen, sondern auch auf deren Veränderung abzielen.
 - Und indem Claudia keinen Zweifel daran läßt, daß die bewußte Veränderung sozialpolitischer Entscheidungsstrukturen weit beschwerlicher ist als das bloße Aus-„Agieren“ von Unbehagen, Wut und Ohnmacht, deutet sie — drittens — auch das Thema des Widerstandes an; versteht man darunter doch all jene psychischen Momente, die von therapeutischen Veränderungen ablenken oder sie erschweren.
- Wollte man die Begriffe des Agierens, des Widerstands und des Durcharbeitens auf klassisch-analytische Therapieprozesse be-

ziehen, so müßten man sie wohl enger fassen und spezifischer definieren (vgl. *Sandler et al.* 1979); doch seien sie hier in dieser „weiten Fassung“ verwendet und entlehnt, um in Anknüpfung an die bisherigen Reflexionen noch vier grundsätzliche Thesen zum Stellenwert des Agierens im Rahmen politischer Auseinandersetzungen (und damit zur Dynamik politischer Auseinandersetzungen schlechthin) entfalten zu können.

18. Als im Zuge der „Hainburger Ereignisse“ die Kritik an der „obrigkeitlichen Willkür“ vieler politisch Verantwortlicher immer vehementer wurde und immer mehr Staatsbürger eine verstärkte Berücksichtigung ihrer Interessen bei der Findung politischer Entscheidungen forderten, da kommentierte Arthur Meyer im Schweizerischen Tages-Anzeiger:

„Die Industriellenvereinigung, die die Ausschützer noch am Freitag mit der Behauptung zu diskreditieren trachtete, es gehe ihnen längst nicht mehr um den Auwald, sondern um die Veränderung des gesamten politischen Systems, ahnte wohl gar nicht, wie richtig sie damit lag: Nur zu Systemveränderern waren die weitgehend unpolitischen Umweltschützer ... erst in diesen Tagen gemacht worden.“ (21. Dezember)

Präzise wird damit (nochmals) auf den Umstand verwiesen, daß es wohl erst das Verhalten vieler politisch Verantwortlicher war, das bei vielen Staatsbürgern — auch unbewußte — Wünsche und Verlangen geweckt, Agieren provoziert und damit zur Eskalation der Hainburger Ereignisse geführt hat. Bemerkte man nun aber, daß solches Agieren auch auf Seiten politischer Funktionäre unbewußte Gefühle des Unbehagens mobilisiert haben dürfte, die dann wiederum in deren Handlungen eingeflossen sind, so kann man annehmen, daß auch auf Seiten der Kraftwerksgegner „mitagiert“ wurde (*Klüwer* 1983). Dies deutet auf die grundsätzliche Annahme hin, daß es nicht nur im analytisch-therapeutischen, sondern auch im Rahmen politischer Auseinandersetzungen zur steten Entfaltung unbewußter „Handlungsdialektik“ (*Klüwer* 1983, 143) kommt, die von der (unbewußten) Bereitschaft der jeweils Beteiligten zum „Agieren“ und „Mitagieren“ getragen sind. Die Dynamik solcher Handlungsdialektik dürfte sich gleichzeitig mit der Ausgestaltung bewußter Auseinandersetzungen entwickeln und — wie die

Reflexionen zu „Hainburg“ deutlich gemacht haben — deren Ausgang maßgeblich beeinflussen. Daher:

These 1: Auch in politischen Auseinandersetzungen vermag es zur Entfaltung unbewußter Handlungsdialoge zu kommen, die von den Momenten des Agierens und Mitagierens getragen sind. Sie können, wie das Beispiel Hainburg nahelegt, den Ausgang politischer Entscheidungen maßgeblich beeinflussen; zumal es in politischen Auseinandersetzungen ja um die unmittelbare Durchsetzung bestimmter Interessen geht und politische Auseinandersetzungen — im Unterschied zu analytischen Therapien — ja auch nicht auf die gezielte Bewußtmachung und Aufarbeitung unbewußter Handlungstendenzen zielen.

19. Wenngleich politische Auseinandersetzungen nicht auf die Bewußtmachung unbewußter Motive und Tendenzen abzielen, so wurden im Zuge der Hainburger Auseinandersetzungen aber dennoch bestimmte Bruchpunkte in und zwischen den Plausibilitätsstrukturen der Akteure deutlich, die es im Weiteren auch erlaubt haben, Mutmaßungen über das Zum-Tragen-Kommen etwaiger unbewußter Motive anzustellen. Erleichternd dürfte dabei die Tatsache gewesen sein, daß sich das Handeln der Kraftwerksgegner und -befürworter an einem Konflikt entfaltet hat. Indem die Ausschützer den obrigkeitlichen Vorhaben Widerstand entgegengebracht haben, schienen manche politischen Funktionäre zum Mitagieren herausgefordert gewesen zu sein (und umgekehrt); und gerade deshalb dürften sich die Auseinandersetzungen auch so reichhaltig-kontroversiell und impulsiv entfaltet haben, so daß es schließlich auch möglich war, Mutmaßungen über unbewußte Momente anzustellen. Daher

These 2: Im Wechselspiel zwischen „Agieren“ und „Mitagieren“ werden unbewußte Momente, die in politische Auseinandersetzungen einfließen, besonders deutlich manifest und — soweit als möglich — faßbar; was insbesondere dann markant zutage zu treten scheint, wenn das Tun der Agierenden (oder Mitagierenden) im Zeichen des politischen Widerstandes steht.

These 2 impliziert damit, daß Agieren (im Rahmen politischer Auseinandersetzungen) auch auf weitverbreitete unbewußte

Tendenzen aufmerksam machen kann, die von manchen Autoren als geradezu kollektiv-pathologisch eingestuft werden. Dies sei an einem Beispiel erörtert:

20. Wenn es recht gesehen ist, daß die im Hainburg-Konflikt wiederholt geäußerte Forderung nach mehr „Sachlichkeit“ vom „emotionalen“ und von Betroffenheit gezeichneten Agieren mancher Ausschützer provoziert wurde, die damit auch ihre Angst vor weiteren gravierenden Umweltzerstörungen zum Ausdruck gebracht haben könnten, dann mag diese Forderung nicht untypisch sein für das Umgehen vieler westlicher Bürger mit dem Wissen um das Knappwerden mancher Ressourcen oder dem Wissen um die fortschreitende Verschmutzung unserer Umwelt und der Möglichkeit eines Atomkrieges. Bedenkt man nämlich, mit welcher emotionaler Distanz über solch unmittelbar bedrohliche Momente diskutiert, konferiert, reflektiert... wird, so erinnert dies sehr oft an den von Anna Freud beschriebenen Abwehrmechanismus der Intellektualisierung als vordergründig beruhigende Tendenz, „emotionales in formaler, affektloser Distanz zu behandeln“ (Mentzos 1982, 64). Und wenn man Autoren wie *Loewen* oder *Richter* glauben darf, dann scheinen solche und ähnliche Weisen des Umgangs mit Emotionalität und Betroffenheit nicht nur typisch zu sein für die Kultur der westlichen Industriegesellschaft heute, sondern sie scheinen gleichzeitig auch ein kulturalistisches Phänomen mit Krankheitswert abzugeben.

Loewen (1984) spricht in diesem Zusammenhang davon, daß unsere Kultur „narzißtisch gestört“ sei. So wie bestimmte narzißtische Züge auf der individuellen Ebene eine Persönlichkeitsstörung darstellen, entsprechen weite Bereiche des Verhaltens westlicher Zivilisationen dem narzißtischen Syndrom. Narzißtische Menschen, so wie sie *Loewen* begreift, sind mehr daran interessiert, wie sie anderen erscheinen, als an ihren eigenen Gefühlen. Sie verleugnen weite Bereiche ihrer Gefühle, ihres Körpererlebens, sie fühlen sich nicht „richtig lebendig“, sie neigen zu manipulativem Verhalten und streben auffallend stark nach Macht und Herrschaft. Der Narzißmus der Kultur zeige sich nach *Loewen* nun an einem gewissen Grad von Unwirklichkeit, der etwas „Verrücktes“ an sich habe; denn „an

einem Verhaltensmuster, das das Erringen von Erfolgen über das Bedürfnis stellt, zu lieben und geliebt zu werden, ist etwas Verrücktes. Ein Mensch, der keinen Kontakt zur Realität seines Wesens — zum Körper und seinen Gefühlen — hat, ist etwas verrückt. Und eine Kultur, die Luft, Wasser und Erde im Namen eines ‚höheren‘ Lebensstandards verschmutzt und verseucht, hat etwas Verrücktes an sich“ (*Loewen* 1984, 8). Ähnlich wie beim Narzißten überbewerte unsere Kultur das „Image“ — Erfolg sei wichtiger als Selbstachtung, Reichtum nehme einen höheren Rang ein als Weisheit, Bekanntheit werde mehr bewundert als Würde, und das Streben nach Macht ließe beinahe alle anderen menschlichen Werte in den Hintergrund treten. Und ähnlich wie *Argelander* (1972) betont auch *Loewen*, daß das Erringen von „Macht“ oft das „Gegenmittel“ abgebe für Gefühle der „Unzulänglichkeit und Unsensibilität sowohl auf persönlicher als auch auf sexueller Ebene“ (*Loewen* 1984, 106).

In einem ähnlichen Sinn weist auch *Richter* (1978) auf die Verdrängung weiter Bereiche der Gefühle, des Körpererlebens, des Leidens und des Todes hin — alles mithin Momente, die traditioneller Weise dem „Weiblichen“ zugeordnet werden. „Weiblich“ meint dabei den weiblichen Anteil eines jeden Menschen, doch kommt die tendentielle „Abspaltung des Gefühlsbereiches von dem der Vernunft“ auch in der Art des Umgangs der Geschlechter miteinander zum Ausdruck: Gerade historisch besehen sei es bezeichnend, daß die Frau als Symbol der „weiblichen“ Anteile des Menschen in den privaten Bereich zurückgedrängt und weitgehend entmündigt wurde, als im Zuge der gesellschaftlichen Entwicklung eine deutliche Selbstspaltung des Menschen notwendig zu sein schien. In dem Maß, in dem perfekte technische Naturbeherrschung zu einer immer mehr dominierenden „Heilslehre“ wurde, wuchs das Bedürfnis nach der Reinzüchtung eines speziellen Denkertyps, der als Instrument für eine Art „technologische Welteroberung“ gebraucht wurde. Der Denkertyp des „technologischen Rationalismus“ schien den als primitiv und infantil erachteten emotionalen Erlebnisweisen überlegen zu sein, die auf dem Weg zu einer perfekten technologischen Naturbeherrschung und Weltverbesserung eher als Störfaktoren begriffen wurden. In vielen

Gedankenzügen arbeitet Richter heraus, daß daraus eine Art „Illusion der menschlichen Allmacht gewachsen sei, der die Innenwelt preisgegeben wird“ (Richter 1979, 75). Der Preis dafür sei Kontaktarmut, die mit Konsum überkompensiert wird. In diesem Zusammenhang leide unsere Kultur auch an der Krankheit, „nicht leiden zu können“: Die Konfrontation mit Leid und Tod werde in den Bereich sozialer Institutionen abgeschoben, „Wörter, die das Elend als Elend bezeichnen“, würden „getilgt“ (Richter 1979, 178), und „Kranksein“ bedeute schon nur mehr „eine kaputte Maschine Organismus“ zu haben, während die bewußte Auseinandersetzung mit Schwäche und seelischer Betroffenheit im Zuge des Agierens eines kulturspezifisch-pathologischen „Gotteskomplexes“ immer mehr gemieden wird.

21. Nun dürfen die Ausführungen von Abschnitt 20 aber nicht falsch verstanden werden: Wenn wir mit den Verweisen auf *Richter* und *Loewen* die These illustrieren wollten, daß und inwiefern im Wechselspiel zwischen Agieren und Mitagieren bestimmte kollektiv-pathologische Momente deutlich werden können, so wollen wir damit keineswegs meinen, daß jede Forderung nach „Sachlichkeit“ auf die Existenz einer pathologischen Persönlichkeitsstruktur verweist; auch denken wir nicht, daß die Hainburger Auseinandersetzungen bloß von unbewußten Motiven getragen waren; und schließlich ist es auch nicht unsere Auffassung, daß jedes unbewußte Handlungsmotiv als solches schon als pathologisch-verwerflich einzuschätzen ist. Statt dessen meinen wir vielmehr, daß gerade im Zuge von Auseinandersetzungen wie jenen um „Hainburg“ immer wieder zahlreiche unbewußte Verlangen aufbrechen und in Weisen des Agierens einmünden, deren Vollzug den einzelnen Akteuren wohl auch bei kritischer Prüfung sinnvoll erschiene. Doch verweist dies auf ein Problem erheblicher Art; denn wenn die Sinnhaftigkeit und Angemessenheit bestimmter Weisen des Agierens nicht grundsätzlich, sondern immer nur von Fall zu Fall auszumachen sind, dann verlangt dies immer wieder die möglichst kritische und grundsätzliche Reflexion und Durcharbeitung nicht nur fremder, sondern v. a. auch eigener unbewußter Handlungs- und Erlebnistendenzen. Nur wenn

solcherart Reflexion und Durcharbeiten mitvollzogen werden, dürfte es (auch hinsichtlich der Veränderung sozialpolitischer Entscheidungsstrukturen) gelingen, einzelne Problemzusammenhänge möglichst unverzerrt wahrzunehmen und somit gezielt zu bearbeiten.

Die Hinweise von Claudia zu Beginn des Abschnittes 17 haben genau dies auch deutlich gemacht. Denn wenn sie anklagen läßt, daß im Agieren Gefühle der Ohnmacht, des Unbehagens ... „verpuffen“ können, dann erinnert dies daran,

- daß sich an den Hainburger Auseinandersetzungen zunächst ja sehr viele Staatsbürger engagiert haben mit dem Wunsch, Strukturen des politischen Entscheidungsfeldes „durchzuarbeiten“ und zu verändern,
- während die weiteren Ereignisse aber gleichzeitig auch dazu angetan waren, vielfältigen innerpsychischen Widerständen gegen die mühsame Verwirklichung dieses Vorhabens in die Hand zu spielen.

Denn so sehr die Erfahrung der Beeinflußbarkeit eines politischen Entscheidungsprozesses dem Wunsch nach weiterer unmittelbarer „Einmischung“ in Tagespolitik gefördert haben mag, so sehr dürfte sich diese Erfahrung auch anbieten für die Einnahme einer gegenläufigen Haltung der Bequemlichkeit und „Bescheidenheit“, derzufolge man sich die ungetrübte Erinnerung an diesen einen „Sieg“ über die obrigkeitlich Mächtigen lieber erhalten möchte, als nun vielleicht in mühsamen Nachfolgekämpfen zu riskieren, etwaige enttäuschende Niederlagen einstecken zu müssen; zumal ja

- mit der Zusage eines vorläufigen Baustops auch die unmittelbare Bedrohung jenes sinnlich faßbaren Symbols weggefallen ist, dessen akute Gefährdung es so vielen Staatsbürgern verschiedenster Herkunft einfach gemacht hat, unter „gemeinsamer Flagge“ gegen „die“ Obrigkeit zu protestieren,
- und die starke und selbstbewußtseinsstärkende Geschlossenheit der Kraftwerksgegner wohl auch mit der Auflösung gewisser „kollektiver Ideologierungen“ ins Wanken ge-

raten ist*, die sich meist dann einzustellen beginnt, wenn aktionistische Phasen einen ersten Höhepunkt überschritten haben.

Doch welche innerpsychischen Momente hier neben harten realpolitisch faßbaren Momenten auch immer mitspielen mögen — deutlich ist, daß der massive Einsatz breiter Bevölkerungsschichten gegen den weiteren Kraftwerksbau seit den Hainburger Ereignissen kontinuierlich absinken dürfte**; und auch die Anzeichen für ein ebenso breit wie intensiv angelegtes „Durcharbeiten“ politischer Entscheidungsstrukturen sind aus dem öffentlichen Bild verschwunden. Daher

These 3: Agieren im Zeichen des politischen Widerstandes kann im Dienst kollektiver (symbolhafter) Prozesse der „Affektabfuhr“ stehen, die es auch Staatsbürgern verschiedener ideologischer Herkunft mitunter ermöglichen, gemeinsam erzielte Aktivitäten zu setzen. Gerade dann, wenn diese Aktivitäten erfolgreich sind, ist aber mit der Gefahr des Absinkens des vorerst aufgebrachten Engagements zu rechnen, wobei v. a. der Wunsch nach Sicherung kollektiv errungener Erfolge gemeinsam mit dem Absinken der Intensität bestimmter Affekte sowie der Angst vor weiterem Mißerfolg den Widerstand gegen ein weiter veränderndes „Durcharbeiten“ politischer Entscheidungsstrukturen geradezu zu speisen vermag.

Und:

These 4: Falls im Zuge des Agierens oder Mitagierens im Rahmen politischer Auseinandersetzungen Hinweise auf bestimmte unbewußte Motive deutlich werden, gilt es, diese nicht bloß hinsichtlich der kri-

* So dürfte etwa die kollektiv-symbolhafte Gleichsetzung von „Baum“ und „Selbst“ eine ähnlich starke Aufweichung erfahren haben wie die Selbstverständlichkeit, mit der in Hainburg für die bloße Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit eingetreten worden ist (vgl. das Basisbuch „hainburg“) (zur weiteren Analyse siehe BOLTERAUER 1980 und KREISCHE 1985).

** So haben etwa das Konrad-Lorenz-Volksbegehren nicht die zunächst erwarteten Massen, sondern „bloß“ 353.908 Menschen unterschrieben; und am 10. Juli 1985 gab der ORF eine Umfrage bekannt, derzufolge sich inzwischen nur mehr 37% der österreichischen Bevölkerung gegen den Bau des Kraftwerkes Hainburg aussprachen.

tischen Frage nach ihrer grundsätzlichen Sinnhaftigkeit und Angemessenheit auszuloten und zu prüfen, sondern auch hinsichtlich der Frage, ob und inwiefern aus diesen Motiven Widerstände erwachsen könnten bzw. erwachsen sind hinsichtlich des weiteren Engagements am (widerstandsreichen) „Durcharbeiten“ politischer Entscheidungsstrukturen.

Nicht zuletzt von der Verfolgung des in These 4 Gemeinten wird es abhängen, ob „Hainburg 1984“ tatsächlich bloß ein „Kraftwerk der Gefühle“ (I, 25) oder aber ein politisches Lehrstück abgegeben hat, dem weitere Stücke folgen werden.

(Zusatz 21. Jänner 1986: Die inzwischen erfolgte Gründung der „Bürgerinitiative Parlament“ sowie die Kandidatur von Freda Meissner-Blau zur Bundespräsidentenwahl 1986 könnten immerhin als Hinweise darauf zu sehen sein, daß der Wunsch nach „Durcharbeitung politischer Strukturen“ doch stärker wächst als bisherige Widerstände dagegen.)

Literatur

- AICHORN, A., Verwaehrte Jugend, Bern 1951.
 ARGELANDER, H., Der Flieger, Frankfurt a. M. 1972.
 BAURIEDL, Th., Beziehungsanalyse, Frankfurt a. M. 1984a.
 BAURIEDL, Th., Geht das revolutionäre Potential der Psychoanalyse verloren?
 In: Psyche 38, 1984b, 489—515.
 BERGER P./LUCKMANN Th., Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie, Frankfurt a. M. 1969.
 BOHLEBER, W./LEUZINGER, M., Narzißmus und Adoleszenz. In: Psychoanalytisches Seminar Zürich (Hrsg.), Die neuen Narzißmustheorien: Zurück ins Paradies?, Frankfurt a. M. 1981, 117—130.
 BOLTERAUER, L., Der Fanatiker. In: DAHMER, H. (Hrsg.), Analytische Sozialpsychologie, Frankfurt a. M. 1980, 551—575.
 BRUNMAYR, E., Die Sehnsucht nach Alternativen. In: Österreichisches Institut für Jugendkunde (Hrsg.), Jugend in Bewahrung und Bedrohung, Wien—München 1982, 238—276.
 CREMERIUS, J., Einige Überlegungen über die kritische Funktion des Durcharbeitens in der Geschichte der psychoanalytischen Technik. In: DREWS, S. u. a. (Hrsg.), Provokation und Toleranz, Frankfurt a. M. 1978, 196—214.
 DAHMER, H., Auf dem Weg zu einer analytischen Sozialpsychologie. In: DAHMER, H. (Hrsg.), Analytische Sozialpsychologie, Frankfurt 1980, 663—710.

- ETTL, T., Wer nicht hören will muß fühlen. In: LEBER, A. (Hrsg.), Reproduktion der frühen Erfahrung, Frankfurt a. M. 1983, 35—55.
- FISCHER, J., Von Grüner Kraft und Herrlichkeit, Reinbek 1984.
- FREUD, A., Das Ich und die Abwehrmechanismen, München 1974.
- FREUD, S. (1913c), Zur Einleitung der Behandlung. In: Gesammelte Werke (G. W.) 8, 454—478.
- (1914g), Erinnern, Wiederholen, Durcharbeiten. In: G. W. 10, 126—136.
- (1921c), Massenpsychologie und Ich-Analyse. In: G. W. 13, 73—161.
- (1926e), Die Frage der Laienanalyse. In: G. W. 14, 207—296.
- (1933b), Warum Krieg? In: G. W. 16, 11—27.
- FÜRSTENAU, P., Zur Theorie psychoanalytischer Praxis, Stuttgart 1979.
- Global 2000. Der Bericht an den Präsidenten, hrsg. v. KAISER, R., Frankfurt a. M. 1980.
- GREENSON, R., Technik und Praxis der Psychoanalyse, Bd. 1, Stuttgart 1981.
- hainburg. ein basisbuch, 276.485 Anschläge gegen den Stau, Wien 1985.
- HORN, K., Psychoanalytische Identität und öffentliches Engagement — ein Widerspruch? In: Psychoanalyse 2, 1981, 165—174.
- HUEMER, P., Am Ende des gemeinsamen Weges. In: Aktion kritische Wähler (Hrsg.), Brüche & Aufbrüche, Wien—München 1985, 209—215.
- Institutgruppe — Psychologie (Hrsg.), Jenseits der Couch, Frankfurt a. M. 1977.
- JAHODA, M., Wieviel Arbeit braucht der Mensch? Arbeit und Arbeitslosigkeit im 20. Jahrhundert, Weinheim—Basel 1983.
- KLÜWER, R., Agieren und Mitagieren. In: HOFFMANN (Hrsg.), Deutung und Beziehung, Frankfurt a. M. 1983, 132—145.
- KOHUT, H., Introspektion, Empathie und Psychoanalyse, Frankfurt a. M. 1977.
- KREISCHE, R., Kollektive Verleugnung und Ideologisierung als Abwehrform. In: Gruppenpsychotherapie und Gruppendynamik 20, 1985, 356—367.
- KUTTER, P., Psychoanalyse in der Bewährung, Frankfurt a. M. 1984.
- LASCH, O., Das Zeitalter des Narzißmus, München 1979.
- LOEWEN, A., Narzißmus. Die Verleugnung des wahren Selbst, München 1984.
- LORENZER, A., Die Wahrheit der psychoanalytischen Erkenntnis, Frankfurt a. M. 1974.
- LORENZER, A., Das Konzil der Buchhalter, Frankfurt a. M. 1981.
- LORENZER, A., Intimität und soziales Leid. Archäologie der Psychoanalyse, Frankfurt a. M. 1984.
- LÖTSCH, B., Die gegen den Strom schwimmen. In: Aktion kritische Wähler (Hrsg.), Brüche & Aufbrüche, Wien—München 1985, 95—106.
- MAHLER, M. S./PINE, F./BERGMANN, A., Die psychische Geburt des Menschen. Symbiose und Individuation, Frankfurt a. M. 1978.
- MENTZOS, St., Neurotische Konfliktverarbeitung. Einführung in die psychoanalytische Neurosenlehre unter Berücksichtigung neuer Perspektiven, München 1982.
- MERTENS, W., Psychoanalyse, Stuttgart 1981.
- NAISBITT, J., Megatrends, Bayreuth 1984.

- NENNING, G./HUBER, A. (Hrsg.), Die Schlacht der Bäume. Hainburg 1984, Wien 1985.
- NEGT, O., Lebendige Arbeit, enteignete Zeit. Politische und kulturelle Dimensionen des Kampfes um die Arbeitszeit, Frankfurt—New York 1984.
- Neues Forum, Technologie ist die Antwort. Was aber war die Frage? Sondernummer zum Konrad-Lorenz-Volksbegehren, Juni 1984.
- NEUMANN, E., Die große Mutter. Eine Phänomenologie der weiblichen Gestaltungen des Unbewußten, Olten 1985.
- OFFE, C., „Arbeitsgesellschaft“. Strukturprobleme und Zukunftsperspektiven, Frankfurt a. M. 1984.
- PARIN, P., Warum die Psychoanalytiker so ungerne zu brennenden Zeitproblemen Stellung nehmen. In: Psyche 32, 1978; 385—399.
- PELINKA, A., Bürgerinitiativen und Ökologiebewegung. In: Umdenken. Analysen grüner Politik in Österreich, Wien 1984.
- PÖPPEL, G., Die emotionale Dimension in der Erziehung. In: IMPFLING, H.—J. (Hrsg.), Die emotionale Dimension im Unterricht und Erziehung. München 1974.
- RICHTER, H. E., Eltern, Kind und Neurose, Stuttgart 1963.
- RICHTER, H. E., Flüchten oder Standhalten, Reinbek 1976.
- RICHTER, H. E., Engagierte Analysen. Über den Umgang des Menschen mit dem Menschen, Reinbeck 1978.
- RICHTER, H. E., Der Gotteskomplex. Die Geburt und die Krise des Glaubens an die Allmacht des Menschen, Reinbeck 1979.
- RICHTER, H. E., Alle reden vom Frieden. Versuch einer paradoxen Intervention, Reinbeck 1981.
- RICHTER, H.-E., Die Jugend und wir Psychotherapeuten. In: Psyche 37, 1983, 1—15.
- SANDLER, J./DARE, C./HOLDER, A., Die Grundbegriffe der psychoanalytischen Therapie, Stuttgart 1979.
- SCHÜLEIN, J. A., Psychoanalyse und Politik. In: MERTENS, W. (Hrsg.), Psychoanalyse, München—Wien—Baltimore 1983, 273—281.
- SINGER, K., Verhindert die Schule das Lernen? München 1973.
- STIERLIN, H., Eltern und Kinder, Frankfurt a. M. 1974.
- Umdenken. Analysen grüner Politik in Österreich, Wien 1984.
- VOLLMER, A., ... und wehrt Euch täglich! Bonn — ein Grünes Tagebuch, Gütersloh 1984.
- WILLI, J., Koevolution, Reinbek 1985.
- ZWIEBEL, R., Das Konzept der projektiven Identifizierung. In: Psyche 39, 1985, 456—468.